

# : Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit



Fachtagung im DGB-Gewerkschaftshaus in  
Frankfurt am 21. März 2012

## **IMPRESSUM**

Hessischer Jugendring  
Schiersteiner Straße 31-33  
65187 Wiesbaden  
info@hessischer-jugendring.de  
www.hessischer-jugendring.de

### **Redaktion**

Manfred Wittmeier

### **Bildquellen**

Titelbild: Stefan Frankr | jugendfotos.de CC-Linzenz(by)

## : Inhaltsverzeichnis

HOLGER KINDLER, Vorwort.....	4
PROF. CHRISTOPH BUTTERWEGGE, Rechtsextremismus und -populismus im Zentrum der Gesellschaft - Verlockung oder Herausforderung.....	5
DENIS VAN DE WETERING, Ergebnisse der Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Herausforderung für die politische Bildung in der Zivilgesellschaft.....	7
KLAUS BECHTOLD, Homophobie und sexuelle Vielfalt - auch ein Thema für Kinder?.....	8
SANDRA SACHER, JÜRGEN SEEGER, Erfahrungen zum Juleica-Baustein „Gegen Rechtsextremismus“ in der Jugendleiter/innenausbildung.....	10
ANGELIKA RIBLER, Integrationshemmnis Rechtsextremismus .....	12
SANDRA SATTLER, STEFAN SALEWSKI, Netzwerk Demokratie und Courage.....	13
HELENA URDELOWICZ, Hessische Jugendfeuerwehr - strukturfür die Demokratie.....	14
DR. MANFRED WITTMER, Hessischer Jugendring zum Themenschwerpunkt „Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Demokratie“ .....	15
hjr-Umfrage „Menschenfeindliche Tendenzen“ .....	16
Teilnehmer/innenliste.....	17
Programm der Veranstaltung.....	19



# : Vorwort

HOLGER KINDLER

stellvertretender Vorsitzender Hessischer Jugendring

Der Hessische Jugendring engagiert sich nachhaltig gegen ein Erstarren des Rechtsextremismus. Dazu zählen bewährte und innovative Ansätze und die Unterstützung der Jugendverbände genauso wie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, z.B. im Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus Hessen.

Der Hessische Jugendring ist seit der Gründung 1948 gegen die extreme Rechte aktiv, um das demokratische Grundverständnis in der Zivilgesellschaft zu stärken.

Die Jugendverbände diskutierten bei der Tagung die hier dokumentierten Vorträge von Prof. Butterwegge und interessante Ergebnisse aus der zehnjährigen Forschungsarbeit zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Prof. Heitmeyer in der Universität Bielefeld, die von Jan de Wetering vorgestellt wurden.

Der Hessische Jugendring selbst baut in seiner Beratung der Verbände auf die Ergebnisse eines eigenen Untersuchungs- und Qualifizierungsprojektes auf, das in den Landkreisen Vogelsberg, Marburg-Biedenkopf und im Wetteraukreis durchgeführt wurde. Als Ergebnisse entstanden Präventionsmaterialien als Handreichungen für die Jugendpolitik, zur Jugendleiter-Ausbildung sowie für anlassbezogene Kampagnen. Die Mitgliedsverbände haben in den eigenen Strukturen in eindrucksvoller Weise neue Ansätze gegen



Aktuell setzen sich die Jugendverbände in besonderer Weise mit der Normalisierung menschenfeindlicher Tendenzen in der Breite der Gesellschaft auseinander. Qualifizierung zur Stärkung unserer Abwehrmöglichkeiten gegen rechts-extreme Einflüsse im Verbandsleben gehört ebenso dazu wie auch eine bessere Integration und Inklusion von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Eine HJR-Umfrage zu menschenfeindlichen Sprachbildern und Alltagsprüchen in den Verbänden hat weitere Hinweise erbracht, wo Fortbildungsbedarf besteht, um das Ziel „Prävention, Information und Intervention gegen Rechts“ umzusetzen. Die Ergebnisse werden hier dokumentiert.

Der Hessische Jugendring wendet sich seit 2011 gegen die Extremismusklausel in den Förderprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie droht das demokratische Engagement zu schwächen und setzt Verbände und Initiativen einem Generalverdacht aus. Der HJR fordert hier die Aussetzung der so genannten „Demokratieerklärung“. Das darin zugrunde liegende Extremismusdenken verharmlost demokratiefeindliche Einstellungen in „der Mitte der Gesellschaft“.

Mit der Tagung und der vorliegenden Dokumentation regt der HJR die Jugendverbände aber auch weitere Gruppen und Initiativen zur Auseinandersetzung mit den angesprochenen Themen an und stellt erfolgreiche Praxisbeispiele der Jugendverbandsarbeit vor.

## Rechtsextremismus und -populismus im Zentrum der Gesellschaft: Verlockung und Herausforderung

Prof. Christof Butterwegge

„Rechtsextremismus“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Organisationen, Gruppierungen und Parteien, aber auch Strömungen, Bewegungen und Bestrebungen außerhalb solcher Zusammenschlüsse, die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial benachteiligte, aufgrund phänotypischer Merkmale wie der Hautfarbe, dem Körperbau oder der Haarbeschaffenheit bzw. nach der ethnischen Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierung unterscheidbare, von der gültigen „Standardnorm“ abweichende Minderheiten

auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und gleichzeitig jene Kräfte zu schwächen oder auszuschalten suchen, die für deren umfassende Integration, gesellschaftliche Emanzipation und mehr Möglichkeiten demokratischer Partizipation für alle Wohnbürger/innen eintreten (vgl. hierzu: Butterwegge 2002, S. 22).

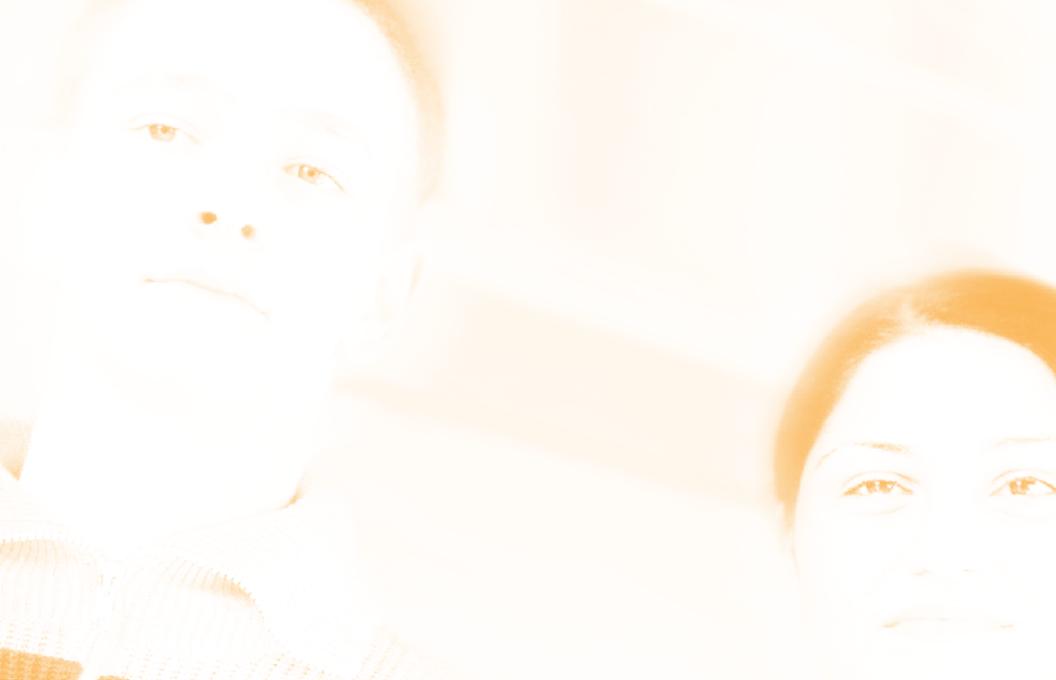
Falsch und politisch irreführend ist es, den Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder als Jugendproblem zu begreifen, das mit deviantem Verhalten oder pubertärem Überschwang zu tun hat (vgl. zur Kritik solcher Deutungsmuster: Butterwegge 2001). Der organisierte Rechtsextremismus ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt. Vielmehr grenzt er Einheimische mit Behinderungen, (psychisch) Kranke, Obdachlose, Homosexuelle und Migrant(inn)en gleichermaßen aus, will ihnen Transferleistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also beim Rechtsextremismus nicht etwa um eine Negation, sondern gerade um die – manchmal bis zur letzten, tödlichen Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen

Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Man kann das mit dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer (2002) als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) bezeichnen und in den drei Dimensionen des „Eigenen“ und des „Fremden“, der Verabsolutierung utilitaristischer Kalküle sowie der Machtdemonstration gegenüber Unterlegenen und Abgewerteten erfassen. Präziser ausgedrückt, handelt es sich bei jenen sechs Elementen, die Heitmeyer (ebd., S. 20 f.) als GMF-Varianten zusammengefasst ein „Syndrom“ nennt (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus), um ein Konglomerat rechter Ausgrenzungsideologien und -praxen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, die ethnisch, sexuell, gesundheitlich oder sozial von den Normalitätsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen.

Sinnvoller wäre aber eine Unterscheidung gemäß der Kernideologien des Rechtsextremismus: Rassismus (einschließlich der Spezialform des Antisemitismus), Nationalismus, Sozialdarwinismus, Biologismus, Sexismus (Antifeminismus) und Homophobie. Weshalb der Begriff „Rassismus“ nur die biologistisch, nicht jedoch die kulturalistisch begründete Abwertung der Gruppenangehörigen „fremder“ Herkunft umfassen soll – für die zuletzt genannte Form der Ausgrenzung benutzt Heitmeyer die missverständliche, weil eine „natürliche“ Abwehrhaltung gegenüber dem Unbekannten suggerierende Bezeichnung „Fremdenfeindlichkeit“ –, erschließt sich mir nicht. Auch in anderer Hinsicht mutet das GMF-Konstrukt merkwürdig an: Da wird die Abwertung von Homosexuellen (sowie Behinderter und Obdachloser) paradoxerweise „Heterophobie“ genannt. Solche terminologischen Unschärfen mindern freilich in keiner





Weise die Verdienste, welche sich die Forschungsgruppe um Heitmeyer mit ihrer Längsschnittuntersuchung rechter Mentalitätsbestände, unter dem Titel „Deutsche Zustände“ über zehn Jahre hinweg veröffentlicht, erworben hat.

Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Forschung auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland.

Eine besonders gefährliche, weil scheinbar bürgerlich-seriöse Spielart des Rechtsextremismus ist der Rechtspopulismus, welcher seit geraumer Zeit in fast allen Teilen Europas größeren Zulauf und Wahlerfolge verzeichnet. Rechtspopulismus sollte kein Kosename für den Rechtsextremismus sein, vielmehr dessen für Deutschnationalis-

mus und Nationalkonservatismus anschlussfähigste Form bezeichnen (vgl. hierzu ausführlicher: Butterwegge 2008). Er ist dadurch gekennzeichnet, dass – *populus* (lat.) heißt auf Deutsch das Volk – man sich als (partei)politisches Sprachrohr des Volkes geriert und sich einerseits nach oben und andererseits nach unten abgrenzt. Nach oben findet die Abgrenzung gegenüber der „politischen Klasse“ und den Etablierten statt, nach unten gegenüber sozial Benachteiligten, heute vor allem gegen Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens, die in die Sozialsysteme einwandern und „uns“ als fleißige, tüchtige Deutsche, die anständig sind, hintergehen und ausnutzen. Betroffenen von Stigmatisierung, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung sind aber auch viele andere Minderheiten, von denen ich hier nur die Erwerbslosen, die Obdachlosen, die Homosexuellen und die Drogenabhängigen nennen möchte.

#### Krisenerscheinungen fördern den Rechtsextremismus bzw. Populismus

Für die Entfaltungsmöglichkeiten und Erfolgchancen des Rechtsextremismus/-populismus spielen Krisenerscheinungen im Bereich der internationalen

»Eine besonders gefährliche, weil scheinbar bürgerlich-seriöse Spielart des Rechtsextremismus ist der Rechtspopulismus.«

Finanzmärkte, der Volkswirtschaft und des europäischen Währungssystems, aber auch die Sinnkrise des Sozialen eine Schlüsselrolle. Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, deutet vieles darauf hin, dass sich die soziale Zerklüftung unserer Gesellschaft erheblich verschärfen wird. Wahrscheinlich steigen die Armutsrisiken für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hierzulande in nächster Zeit weiter. Arbeitslose haben besonders dann wenig Geld, wenn die sozialen Sicherungssysteme durch Reformmaßnahmen demontiert werden. Lohndumping fällt in Krisenzeiten leicht

ter, sodass künftig noch mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor angesiedelt sein dürften, falls nicht gegengesteuert wird. Gleichzeitig wird sich der Reichtum vermutlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln.

Für mich ist die Wirtschafts- und die europäische Schulden- bzw. Währungs- und die Weltfinanzkrise, die sich im Schatten der Weltfinanzkrise entfaltet hat, möglicherweise auch in der Bundesrepublik noch keinesfalls überwunden. Mich erinnert ihr wechselhafter Verlauf an die Krise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre. Damals schrieben die Zeitungen in Deutschland bereits, dass die Wirtschaftskrise vorbei und der Konjunkturaufschwung da sei. Kurz darauf, im Frühjahr 1931, brachen große Banken in Österreich und in Deutschland zusammen. Nun erreichten Massenarbeitslosigkeit und -verelendung ihren Höhepunkt. Wenn man so will, war das die zweite Etappe der im Oktober 1929 mit dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise. Damit entstanden auch gute Bedingungen für den Hitlerfaschismus und die in unseren Geschichtsbüchern leider immer noch „Machtergreifung“ genannte Regierungsübertragung an die Nazi-Partei. Ohne die Gemeinsamkeiten überzubewerten oder vorschnell historische Parallelen zu ziehen, lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die gegenwärtige Situation der Bundesrepublik und Europas immer noch sehr labil ist, auch in Bezug auf die Entwicklung des sozialen Klimas und der politischen Kultur.

Damals wie heute erfolgte das Krisenmanagement der gesellschaftlichen Eliten und der politischen Klasse im Wesentlichen über den „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates, für welchen „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“ als bekannteste Chiffren stehen, eine damit verbundene Lohndumping-Strategie zwecks Stärkung des „eigenen“ Standorts sowie eine angebotsorien-

tierte Wirtschafts- und Austeritätspolitik nach dem Matthäus-Prinzip („Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen“), durch die sich die Gesellschaft immer stärker in Arm und Reich spaltet (vgl. hierzu: Butterwegge 2012a). Denn die US-Amerikanisierung des Sozialstaates zieht eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur sowie eine US-Amerikanisierung der Stadtentwicklung (Zerfall der Großstädte in Luxusquartiere und „soziale Brennpunkte“ oder „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, wie auch bei uns mittlerweile entstehende Armenghettos beschönigend genannt werden) nach sich (vgl. hierzu: Butterwegge 2012b).

Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen wurden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, einmal mehr auslöffeln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten, wird für sozial Benachteiligte und Bedürftige kaum noch Geld übrig bleiben. Aufgrund der sich abzeichnenden Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden. Bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen.

Typisch dafür sind zwei Gerichtsentscheidungen, die nur wenig Beachtung fanden: Im März 2011 verfügte das Landgericht Köln, dass nordrhein-westfälische Lotto-Annahmestellen keine Sportwetten mehr an Hartz-IV-Bezieher/innen verkaufen dürfen, und im August desselben Jahres erteilte das

Bundessozialgericht den rigiden Anrechnungsbestimmungen bei Hartz IV keine prinzipielle Absage, sondern wies einen Rückforderungsbescheid des Jobcenters im Landkreis Leipzig nur aus formalen Gründen zurück, der wegen des Geldgeschenks einer Großmutter an ihre drei in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft lebenden Enkelkinder zu Weihnachten und zum Geburtstag (zusammen 570 EUR) ergangen war. Ungefähr zur selben Zeit sorgte ein teurer Zaun für Aufsehen, den die Bezirksverwaltung im Hamburger Stadtteil St. Pauli hatte bauen lassen, um zu verhindern, dass Obdachlose unter einer Elbbrücke schliefen, wodurch sich Anwohner gestört fühlten und vermeintlich Touristen abgeschreckt wurden.

Das rigidere Armutsregime manifestiert sich auch in einzelnen Punkten der Hartz-IV-Neuregelung, die zum 1. April 2011 erfolgt ist. Seither können die Bundesländer ihre Landkreise und kreisfreien Städte ermächtigen oder verpflichten, die „angemessenen“ Kosten für Unterkunft und Heizung per Satzung auf ihrem Gebiet festzulegen. Dies gilt für Mietpauschalen, wenn auf dem kommunalen Wohnungsmarkt ausreichend freier Wohnraum zur Verfügung steht und sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen, sowie für „Gesamtangemessenheitsgrenzen“, die Unterkunft und Heizung betreffen. Als erstes und bisher einziges Bundesland hat Hessen im Juni 2011 seine Kommunen ermächtigt, davon Gebrauch zu machen. Wenn dies geschieht, weil sich überschuldete Kommunen von einer Pauschalierung der Unterkunftskosten eine Sanierung ihres Haushalts versprechen, dürften sich viele Hartz-IV-Empfänger/innen gezwungen sehen, ihre bisher vom zuständigen Grundsicherungsträger bezahlte Wohnung in einem gutbürgerlichen Stadtviertel aufzugeben und in eine Hochhaussiedlung am Stadtrand zu ziehen, wo die Mieten niedriger sind. Dadurch würde einer stärkeren Gettoisierung bzw. einer sozialräumlichen Segregation der Armutspopulation, die sich

in deutschen Großstädten ansatzweise bereits seit geraumer Zeit erkennen lässt, tendenziell Vorschub geleistet.

Die sozial(räumlich)e Spaltung erhöht nicht bloß das Konflikt- und Gewaltpotenzial der Gesellschaft, vielmehr auch die Wahrscheinlichkeit einer Krise der politischen Repräsentation. Wenn die Lebensverhältnisse der Mitglieder einer demokratisch verfassten Gesellschaft, d.h. ihre materielle Ressourcenausstattung oder Armut und Reichtum immer stärker auseinander klaffen, kann sich eine latente Bürgerkriegsstimmung ausbreiten. Während so getan wird, als habe die Regierung das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breiten sich soziale Unsicherheit und Unzufriedenheit aus, weil die Bundesrepublik schrittweise zum Fürsorge-, Almosen- bzw. Suppenküchenstaat degeneriert. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung scheint sich während des letzten Jahrzehnts erhöht zu haben, während die Akzeptanz der Armen selbst aufgrund des ausufernden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus zurückgegangen ist.

### Die Sinnkrise des Sozialen als geistiger Nährboden des Rechtsextremismus/-populismus

Staat und Gesellschaft leiden gegenwärtig vor allem unter der massiven Entwertung bzw. einer tiefen Sinnkrise des Sozialen, die den geistigen Nährboden des Rechtsextremismus bzw. -populismus bildet und aus vier Teilprozessen besteht:

Die erste Entwicklungstendenz möchte ich als Ökonomisierung des Sozialen bezeichnen. Befördert wird das durch den Neoliberalismus, also eine Wirtschaftstheorie, die ganz auf den Markt setzt und längst aus einer bloßen Wirtschaftstheorie zu einer Sozialphilosophie, fast möchte ich sagen: zu einer Weltanschauung und einer politischen Zivilreligion geworden ist.

Alles, was das Soziale betrifft, wird mehr und mehr einem ökonomischen Kalkül unterworfen. Das widerspricht übrigens meiner Auffassung nach dem Grundgesetz. In Artikel 20 und Artikel 28 unserer Verfassung steht, die Bundesrepublik Deutschland sei ein sozialer Bundes- bzw. Rechtsstaat. Wohl gemerkt steht da eben nicht: „Sie ist dann ein Sozialstaat, wenn das dem Wirtschaftsstandort Deutschland nützt.“ Die inhaltliche Substanz unserer Verfassung wird immer mehr dadurch in Frage gestellt, dass man das Soziale dem Ökonomischen unterordnet.

Die zweite Tendenz lässt sich als Kulturalisierung des Sozialen kennzeichnen. Politik erleben die Menschen heute im Wesentlichen über Talkshows im Fernsehen. Dort begegnet ihnen Politik als etwas, das nichts mehr zu tun hat mit Macht und Herrschaft oder mit materiellen Interessen von Klassen, Schichten oder gesellschaftlichen Gruppen. Politik hat dort eher etwas mit kulturellen Identitäten zu tun. Das Soziale wird nicht mehr als eine Sphäre betrachtet, in der gesellschaftliche Interessengegensätze aufeinanderprallen, sondern als ein Raum, wo kulturelle Identitäten aufeinanderprallen. Sehr deutlich zeigt sich das am Beispiel von Thilo Sarrazin, bei dem es nicht um soziale Gegensätze geht, sondern um deutsche Christen und muslimische Migranten.

Das dritte Moment ist die Ethnisierung des Sozialen. Menschen werden häufiger nach ihrer ethnischen Herkunft bewertet. Dabei geht es gar nicht darum, ob sie deutsche Staatsangehörige sind. Entscheidend ist das Herkunftsland, oftmals der Eltern oder der Großeltern von Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Die Ethnisierung des Sozialen ist eine Tendenz, die nicht nur von Rechtsextremen betrieben wird, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft um sich greift. Thilo Sarrazin ist ein sehr etablierter Mann, ehemaliger Bundesbankvorstand und

Senator in Berlin. Und nicht erst in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ hat er die Ethnisierung des Sozialen betrieben. In einem Interview, das die Zeitschrift „Lettre International“ ein Jahr vorher mit ihm führte, hat er bereits erklärt, die muslimischen Migranten in Berlin produzierten immer mehr „kleine Kopftuchmädchen“. Menschen werden also nicht in ihren sozialen Bezügen betrachtet, sondern nach ihrer ethnischen Herkunft eingeordnet. Und es wird eine Dichotomie aufgemacht: hier „wir Deutsche“ und dort „die Anderen“, nämlich die Muslime, die Araber, die Türken. Damit werden neue Frontlinien gezogen, die die wahren sozialen Trennlinien in der Gesellschaft überdecken und von den eigentlichen Problemen ablenken.

Die vierte Tendenz – und auch da gehört Thilo Sarrazin zu den Vorreitern – ist eine Biologisierung des Sozialen. Aber schon lange vor Sarrazin war zu beobachten, dass das Reden über Gene in der Öffentlichkeit zunimmt und Menschen auf ihre biologische Prägung, die sie angeblich oder wirklich haben, reduziert werden. Das gilt zum Beispiel für Frauen, deren Eigenschaften am Geschlecht und an ihrer biologischen Prägung festgemacht werden. Gene werden als für menschliches Handeln entscheidend dargestellt. Dies bedeutet auch, dass Menschen auf ihre biologischen Eigenschaften reduziert und nicht mehr als Individuen ernst genommen werden. Bei Sarrazin sind es die Gene, die über die Bildungs- oder die Integrationsfähigkeit von Menschen entscheiden.

### Dimensionen des Rechtspopulismus

Herausarbeiten möchte ich, welche Spielarten dieser Denkrichtung es gibt und dass sie in der sog. Sarrazin-Debatte zum Ausdruck kamen, auch wenn Organisationen, die ähnliche Positionen auf parteipolitischem Terrain verkörpern, z.B. „Pro Köln“, „Pro NRW“

oder „Pro Deutschland“, hierzulande bislang bei Wahlen nur mäßigen Erfolg hatten. Ich unterscheide vier Argumentationslinien als Grundtypen des Rechtspopulismus, die sich ohne Ausnahme in Thilo Sarrazins umstrittenen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ finden.

Da ist erstens der Sozialpopulismus. Er richtet sich gegen die „Sozialschmarotzer“, zu denen für Sarrazin nicht nur Migrantinnen und Migranten zählen, sondern auch Deutsche ohne oder mit geringem Einkommen, die aber gar nicht „wirklich“ arm seien. Sarrazin verwendet sehr viel Raum darauf zu beweisen, dass es Armut bei uns gar nicht gibt. Für ihn klagten Hartz-IV-Empfänger auf hohem Niveau, was Sarrazin (2010, S. 105 und 148) mit schiefen Vergleichen zu belegen sucht: Auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders in den frühen 1960er-Jahren habe der Durchschnittsverdiener in Deutschland ein niedrigeres Einkommen als heute ein Hartz-IV-Empfänger gehabt. Und der Durchschnittsverdiener in Tschechien, in Polen oder in der Türkei habe noch heute weniger als ein Hartz-IV-Empfänger hierzulande.

Dies gilt Sarrazin als Beweis, dass es

Armut bei uns gar nicht existiert. Was es aber gebe, sind Menschen, die sich als arm hinstellen, um vom Sozialstaat zu leben und den „anständigen deutschen Steuerzahler“ auszunutzen. Sarrazin (2010, S. 115) hat bereits als Finanzsenator in Berlin vorgerechnet, wie man von der Sozialhilfe oder Hartz IV „abwechslungsreich, ausgewogen und gesund“ leben könne. Dass sich jemand mit dem Gehalt eines Landesministers oder Bundesbankers nicht schämt, den Armen vorzurechnen, dass sie eigentlich mit sehr viel weniger klarkommen müssten als mit dem damaligen Regelsatz von 359 Euro plus Heiz- und Mietkosten, ist für mich purer Sarrazynismus, also eine Form von Sozialdarwinismus. Der scheint in Sarrazins Buch immer wieder durch, denn man merkt, dass sich der Verfasser überlegen fühlt, auf „die da unten“ herabsieht und ihnen sogar ihre Transferleistung neidet, nämlich in der Form, dass Armut verbunden ist mit der Inanspruchnahme und das Angewiesensein auf soziale Unterstützung. Diese soziale Unterstützung den davon Abhängigen nicht zu gönnen, gehört zum Sozialpopulismus.

Den zweiten Typ des Rechtspopulismus nenne ich Kriminalpopulismus.

Dieser mobilisiert die „anständigen Bürger“ gegen den „gesellschaftlichen Abschaum“ und inszeniert seine Kampagnen auf dem Rücken von sozial benachteiligten Minderheiten. Er richtet sich gegen Straffällige, plädiert energisch für „mehr Härte“ der Gesellschaft im Umgang mit ihnen und nimmt besonders Drogenabhängige, Bettler/innen und Sexualstraftäter ins Visier. Häufig genug spielt die Boulevardpresse dabei eine unrühmliche Rolle als Sprachrohr einer intoleranten und illiberalen Mehrheitsgesellschaft.

Drittens nenne ich es Nationalpopulismus, wenn die deutsche kulturelle Identität und/oder der christliche Glauben als das entscheidende Merkmal hingestellt wird, welches einem Deutschen bzw. einem Europäer erlaubt, auf die anderen herabzublicken, sie abzuwehren und Politik gegen sie zu machen, ihnen repräsentative Moscheen zu neiden und möglichst zu verhindern, dass weitere gebaut werden. Dafür zu sorgen, dass sich die Muslime in Hinterhöfen verstecken müssen, ist fester Bestandteil einer Politik, wie sie parteiförmig von „Pro Köln“, „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“ betrieben wird.

Die vierte Form des Populismus findet sich in zahlreichen Interviews und Äußerungen in Talkshows von Thilo Sarrazin. Ich nenne es Radikalpopulismus, wenn eine „abgehobene Klasse“ von Berufspolitikern – zu denen Sarrazin übrigens selbst jahrzehntelang gehörte – für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich gemacht wird. Dabei greift ein Rechtspopulist auf, was landläufig „Politikverdrossenheit“ genannt wird. Tatsächlich handelt es sich um eine Repräsentationskrise der Demokratie, wenn sich Millionen von Bürgerinnen und Bürgern politisch nicht mehr vertreten fühlen. Der Radikalpopulismus versucht, diese Unzufriedenheit aufzugreifen und für sich auszunutzen, indem er die „Alt-“ oder „Systemparteien“, diejenigen also, die etabliert sind,



dafür verantwortlich macht, dass die Bevölkerung mit ihren Interessen nicht zum Zuge kommt.

Die Bild-Zeitung verkörpert das als Medium sehr stark und fungiert möglicherweise als publizistischer Vorreiter einer rechtspopulistischen Parteiformation, die – wenn man den Meinungsumfragen glauben kann – durchaus Wahlerfolgsaussichten hat. Aber bei uns gibt es bisher im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern noch keine politische Kraft, die das umsetzt. Dies darf uns aber nicht veranlassen, so zu tun, als hätte das keine wahlpolitische Relevanz. Denn häufig versuchen die etablierten Parteien, solche Stimmungen aufzugreifen, um sie in Wählerstimmen umzuwandeln, und wenden sich dabei gleichfalls nach rechts. Deshalb finde ich: Gerade die Gewerkschaften haben die Aufgabe, dem entschieden entgegenzutreten.

### Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen

Abschließend sollen am Beispiel der Jugendbildungsarbeit mögliche Gegenstrategien skizziert werden. Aus meiner Sicht sind in der Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtspopulistischen Ideologien drei Punkte wichtig: Erstens muss der soziale Gegensatz zwischen Arm und Reich, genauer: zwischen Kapital und Arbeit wieder deutlicher thematisiert werden. Das haben die Gewerkschaften, aber auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren zum Teil versäumt. Der Oben-unten-Gegensatz muss wieder stärker konturiert werden. Nur so kann man verhindern, dass der Innen-außen-Gegensatz greift: Da kommen Migrant(inn)en in unser Land und gefährden unseren Reichtum oder Wohlstand. Dieser Innen-außen-Gegensatz kann in der Politik nicht von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden, wenn klar ist, dass die Frontlinie nicht kulturalistisch oder religiös zwischen Muslimen und Christen, sondern entlang sozialökonomischer Trennlinien

verläuft.

Der zweite Punkt, welcher mir wichtig ist: Wir müssen die demokratische wieder stärker mit der sozialen Frage verbinden. Rechtspopulisten, aber auch zum Beispiel die NPD verbinden zum Teil sehr geschickt die Nöte von Menschen, also als soziale Frage mit ihrer Ideologie. Ein Beispiel: Um die Armut deutscher Kinder zu bekämpfen, müssten wir dafür sorgen, heißt es, dass Migranten und erst recht Ausländer kein Kindergeld oder andere Sozialleistungen bekommen. Außerdem müsse eine Politik der Rückkehrförderung stattfinden. Auf diese Weise wird rassistische Politik an den Mann und die Frau gebracht. Das müssen wir versuchen aufzubrechen, indem wir die demokratische mit der sozialen Frage verbinden: Nur ein entwickelter Wohlfahrtsstaat ist Garant dafür, dass Demokratie funktioniert, weil Demokratie mehr heißt, als alle vier oder fünf Jahre zu einer Wahlurne zu gehen. Demokratie bedeutet für mich, dass sämtliche Menschen, die in einem Land leben, d.h. alle Wohnbürgerinnen und Wohnbürger einschließlich der Migrantinnen und Migranten gleichermaßen politisch partizipieren und über die Gesellschaftsentwicklung mitentscheiden können. Das ist nicht nur abhängig von Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts, sondern auch sehr stark von sozialen Voraussetzungen. Wie soll denn eine alleinerziehende Mutter, die fürchtet, teure Schulmaterialien ihres Kindes nicht finanzieren zu können, in politische Willens- und Entscheidungsprozesse eingreifen?

Drittens und letztens: Es muss eine neue Kultur der Solidarität entwickelt werden. Wir müssen die sozial benachteiligten Menschen gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt rücken, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Sprache und ihrer Religion. Das ist nicht allein die Aufgabe von Gewerkschaften, sondern all derjenigen Organisationen in unserer Gesell-

schaft, die unterprivilegierte Gruppen vertreten, und zudem aller Einzelpersonen, die aus christlichen Motiven, aufgrund humanistischer Ideale oder in der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für eine Gesellschaft eintreten, die frei ist von Diskriminierung, Rassismus und Sozialdarwinismus, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit gleichen Rechten und unter möglichst guten sozialen Bedingungen leben können.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzten Buchveröffentlichungen: „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (3. Aufl. Frankfurt am Main/New York: Campus 2012); „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ (4. Aufl. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften 2012); „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz“ (Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2008)

### Quellen- und Literaturverzeichnis

Butterwegge, Christoph (2001): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: ders./Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen, S. 13-36

Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien

Butterwegge, Christoph (2008): Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./ Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 11-77

Butterwegge, Christoph (2012a): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York

Butterwegge, Christoph (2012b): Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. Aufl. Wiesbaden

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main, S. 15-34

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München



# : Die Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als Herausforderung für politische Bildung

Dennis van de Wetering

## 1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Theoretischer Hintergrund

Das Forschungsprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit basiert in theoretischer Hinsicht auf dem sogenannten Bielefelder Desintegrationsansatz (vgl. bspw. Heitmeyer et al. 1994; Anhut/Heitmeyer 2000). Besagter Ansatz berücksichtigt sowohl Mikro- als auch Makroebene.

Formen anti-sozialer Phänomene werden hier in Verbindung mit dem Anerkennungstheorem von Honneth (1992) als das Ergebnis von individuellen Desintegrationsproblemen verstanden, die letztlich aus einer persönlich als unzureichend empfundenen Anerkennung resultieren. Dabei unterscheidet die Theorie von Anhut und Heitmeyer (2000) drei verschiedene Dimensionen der gesellschaftlichen Integration, die für den Einzelnen die Möglichkeit negativer Anerkennungsbilanzen beinhalten:

► Individuell-funktionale Systemintegration zielt auf den Zugang des Einzelnen zu Teilsystemen des Arbeitsmarkts und Bildungssystems. Aus dem erfolgreichen Zugang, der sich etwa an der erreichten beruflichen Position messen lässt, erwachsen Anerkennungspotentiale für das Individuum. Fehlt die Einbindung in die betreffenden Strukturen oder wird sie als defizitär wahrgenommen, zieht dies individuelle Desintegrationserfahrungen nach sich.

► Kommunikativ-interaktive Sozialintegration hingegen fokussiert als institutionelle Dimension individuelle Möglichkeiten der Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten bzw. an Fragen der Sicherung von Grundnormen (Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness). Indem die eigene Stimme oder die der eigenen Gruppe als gleichberechtigt erfahren wird und Menschen sich als gleichwertige Bürger wahrnehmen, wird moralische Anerkennung freigesetzt. Desintegrationsprobleme entstehen hier dann, wenn politische Partizipationsmöglichkeiten als mangelhaft empfunden werden und Personen sich aufgrund dessen als machtlos erleben.

► Expressiv-kulturelle Sozialintegration schließlich umfasst die Zugehörigkeiten und die soziale Einbindung des Einzelnen in Gruppen und Milieus und zielt somit auf sozial-emotionale Anerkennung, die die persönliche Identität sichern soll. In dieser Dimension können Desintegrationsprobleme dann entstehen, wenn die soziale Unterstützung aus dem Freundes- und/oder Familienkreis fehlt und Menschen in der Konsequenz die ihnen entgegengebrachte emotionale Anerkennung als defizitär empfinden.

Individuelle Anerkennungsdefizite innerhalb der aufgeführten Dimensionen von Desintegration haben so das Potential für die Entwicklung anti-sozialer Einstellungen. Wesentliche Mo-

mente für diesen Zusammenhang sind gesellschaftliche Veränderungen (Beispiele Einfügen), die Auswirkungen auf die Lebenssituation des Einzelnen haben und beim Individuum neben Integrationsdefiziten bzw. unausgeglichene Anerkennungsbilanzen auch anomische Gefühle in Form einer massiven Orientierungslosigkeit hervorrufen können. So ist aus einer kniffligen Welt eine, unter anderem durch eine beschleunigte Globalisierung angetrieben, krisenbehaftete hochkomplexe Welt geworden. Der Einzelne sieht sich nicht nur mit dramatischen Ereignissen wie zum Beispiel dem 11. September 2001, sondern vor allem auch mit ökonomischen Krisen konfrontiert. Für das Individuum verändern sich alte Ordnungen und Gewissheiten und die Zukunft erscheint undurchschaubarer als je zuvor. Wie im Rahmen der Längsschnittstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (kurz: GMF) mehrfach nachgewiesen wurde (vgl. v.a. Hüpping 2006), reduziert Orientierungsanomie ähnlich wie auch Desintegrationserfahrungen die Bereitschaft, wiederum anderen Anerkennung zukommen zu lassen.

Fehlende Anerkennung bzw. eine als mangelhaft empfundene Integration sowie Orientierung finden ihre Kompensation in einer Zusammenballung abwertender Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer gewählten oder ihnen zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeiten. Dabei werden die Facetten abwertender Einstellun-

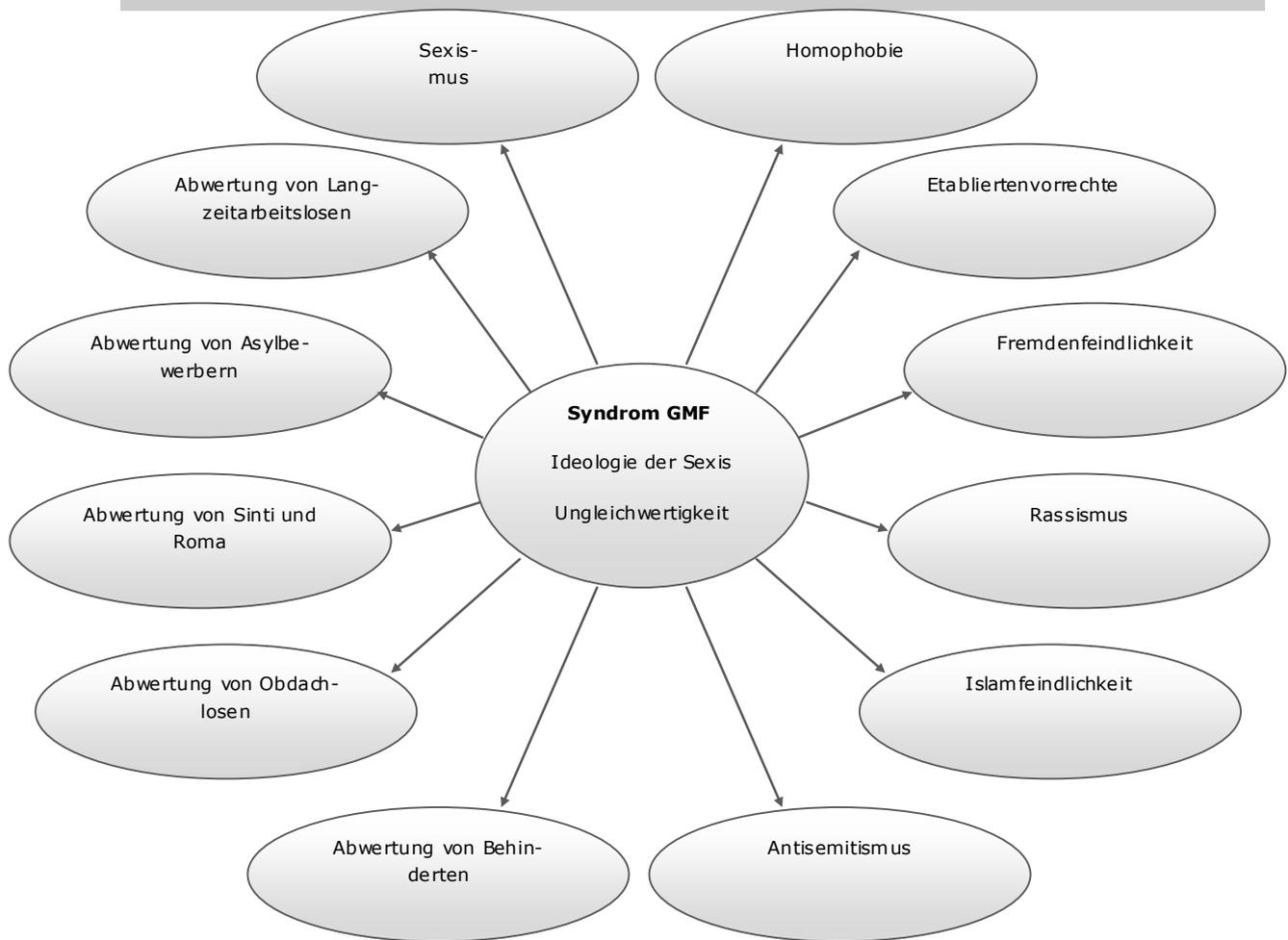
gen nicht losgelöst voneinander gedacht, sondern als Vorurteilssyndrom konstituiert. Dieses Syndrom weist einen Ursachenkern auf, der die Varianten der Abwertung bindet und in der Terminologie des Forschungsprojektes als „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ bezeichnet wird. Diese Ideologie fungiert als Legitimationsgrundlage für anti-soziales Verhalten (wie etwa Diskriminierung oder Gewalt) nicht nur gegenüber Menschen fremder, sondern auch solchen gleicher Herkunft, jedoch mit von der Mehrheitsgesellschaft als abweichend empfundenen und deklarierten Lebensstilen und -entwürfen (vgl. Heitmeyer 2002: 16 ff., 19). Zusammenfassend formuliert stellt GMF also ein Syndrom dar, das,

um mit Anette Kahane zu sprechen, Bewegungen in der Gesellschaft abbildet, die je nach politischer oder wirtschaftlicher Lage in die eine oder andere Richtung gehen und Abwehr, Ablehnung oder Vorurteile gegenüber Menschen bestimmter Gruppen darstellen. Sozusagen als Fieberthermometer der Gesellschaft misst das Forschungsprojekt folgende abwertende Einstellungen in der Bevölkerung (siehe Abb. 1).

Die Ausgangskonzeption der Untersuchung (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002: 20 f.) beruhte zunächst auf sieben Elementen, in denen sich die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland zeigt. Inzwischen wur-

de das Syndrom weiter ausdifferenziert, sodass anstatt des ursprünglich zusammenfassenden Elementes der „Heterophobie“ drei voneinander getrennte Elemente die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen beobachtet werden. Zudem wurden langzeitarbeitslose Personen als eine weitere schwache Gruppe in das Syndrom integriert, da diese im Zuge der Debatten um Hartz IV vermehrt zur Zielscheibe von Abwertungen wurden. Diese Weiterentwicklung in theoretischer Hinsicht und auf der Basis empirischer Analysen hat dazu geführt, dass nun zehn Elemente das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden (vgl. Heitmeyer 2011:15ff.)

Abb. 1: Die einzelnen Facetten des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit



- ▶ Fremdenfeindlichkeit bezieht sich auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen.
- ▶ Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gruppen aufgrund von scheinbar biologischen Unterschieden, wie der Hautfarbe oder der Abstammung abwerten und auf eine konstruierte „natürliche“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe verweisen.
- ▶ Antisemitismus ist eine feindselige Mentalität, die gegen Juden und jüdische Symbole gerichtet ist.
- ▶ Sexismus betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht.
- ▶ Islamophobie bezeichnet Bedrohungsgefühle durch Muslime und ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- ▶ Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- ▶ Homophobie bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.
- ▶ Abwertung von Behinderten meint feindselige Einstellungen, die sich gegen Menschen richten, die aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit als von der „Norm“ ab-

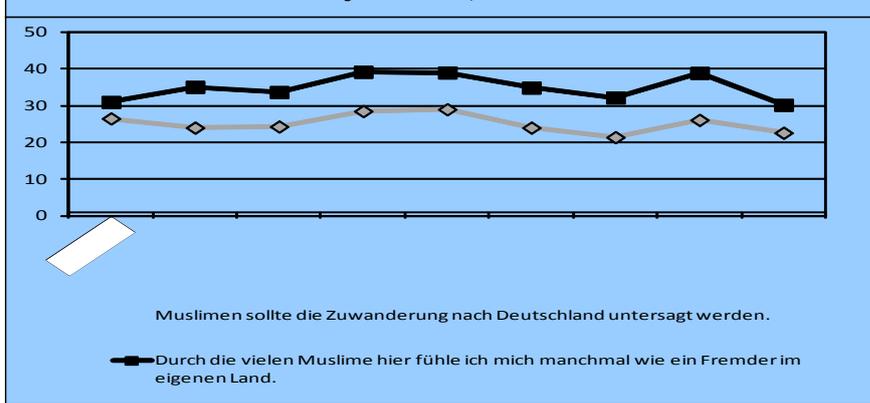
weichend definiert werden.

- ▶ Abwertung von Obdachlosen zielt auf jene Menschen, die nicht vorherrschenden Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nachkommen.
- ▶ Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen wird unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft in den Fokus der Abwertung gerückt (vgl. Heitmeyer 2002).

Mit der Konzeption eines Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bietet das Projekt einen völlig neuen Ansatz, der sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für die Praxis innovativ sein will. Forschungsergebnisse aus einem spezifischen Zweig der Vorurteilsforschung und Erfahrungen aus der Praxis mit der Diskriminierung bestimmter Opfergruppen können nun zusammenfließen und auf ihre Tauglichkeit auch für andere Adressatengruppen geprüft werden, bzw. Verwendung finden. Die im Forschungsprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fokussierten Merkmale, deren Träger mit höherer Wahrscheinlichkeit der Gefahr ausgesetzt sind, zu Opfern von Vorurteilen und Diskriminierung zu werden, decken sich weitgehend mit jenen Merkmalen, die in den europäischen Richtlinien zur Antidiskriminierung genannt sind. Dass es sich bei den im

Syndrom angesprochenen Gruppen tatsächlich um schwache Gruppen der Gesellschaft handelt, bzw. diese in der Tat als solche wahrgenommen werden, konnte eine ergänzende Studie zum Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bestätigen. Gefragt nach dem sozialen Status einer ganzen Reihe unterschiedlicher sozialer Gruppen unserer Gesellschaft, den diese vermeintlich in den Augen der Mehrheit einnehmen, wiesen Probanden alle im Syndrom benannten Gruppen auf die unteren Plätze der sozialen Rangliste. Denkbar ist, dass mit veränderten gesellschaftlichen Debatten in Zukunft neue Gruppen hinzukommen, auch könnten Gruppen aus dem Syndrom herausfallen, die nicht mehr in der Schusslinie von Vorurteilen und Diskriminierung stehen. Eine zunehmend harschere öffentliche Debatte um Hartz-IV-Empfänger, Arbeitslose und Wanderarbeiter aus Osteuropa rückt diese Gruppen als Zielscheibe von Vorurteilen und Diskriminierung ins Blickfeld. Mit der Öffnung Europas nach Osten könnten auch Sinti und Roma wieder erneut gefährdet sein. Umgekehrt ist erfreulicherweise eine Abnahme des klassischen Sexismus und der Homophobie zu beobachten, sodass Frauen und Homosexuelle zukünftig möglicherweise immer weniger zu den Adressaten von Vorurteilen und Diskriminierung gezählt werden müssen.

Abb. 1: Verlauf islamfeindlicher Aussagen in Prozent, 2003 – 2011



## 2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt

Es ist nicht einfach, eine Bilanz zu ziehen über eine ganze Dekade, die man auch als entsichertes Jahrzehnt bezeichnen kann (vgl. Heitmeyer 2002-2011).

Da sind Signalereignisse zu nennen wie der 11. September 2001 mit seinen Folgen für die Islamfeindlichkeit (Abb. 1; vgl. Heitmeyer 2012:33), dann die Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 mit den Auswirkungen auf die Desintegrationsängste in verschiedenen Sozialgruppen (Abb. 2) und da sind die

verschiedenen Krisen seit 2008, also Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und jetzt Schuldenkrisen mit ihren jeweiligen Auswirkungen (Abb. 3).

In diesem Zeitraum ergeben sich sehr differenzierte Verläufe von Einzelelementen des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die mit den Signalereignissen im Zusammenhang stehen.

Daneben ist auf schleichende Prozesse hinzuweisen wie die Ausmaße von Orientierungslosigkeit und Zusammenhänge mit GMF (Abb. 4), den ökonomistischen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen, die unter das

Verdikt geraten, nicht nützlich oder effizient zu sein und keine verwertbare Leistung zu erbringen (Abb. 5).

Und die Demokratieentleerung ist zu betonen, d.h. dass die Wahrnehmung eigener Machtlosigkeit zu einer Entfremdung vom demokratischen System durch verweigerte Partizipation beiträgt, ebenfalls mit negativen Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Abb. 6).

Während die Signalereignisse und ihre Folgen zumindest auf die öffentliche Agenda gelangen, bleiben die schleichenden Prozesse zumeist unthematisiert und erfahren dadurch eine ver-

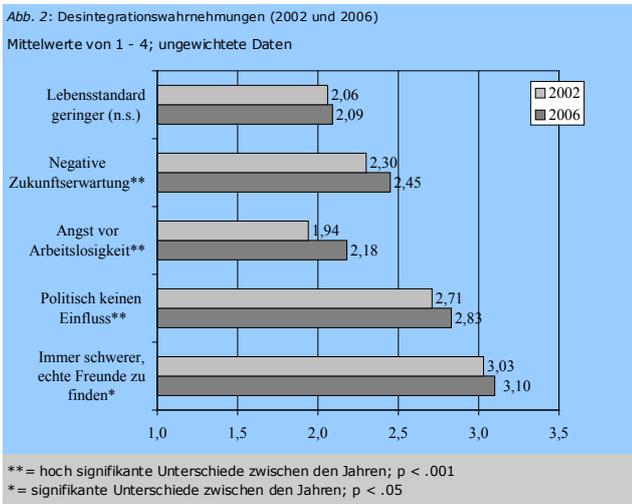
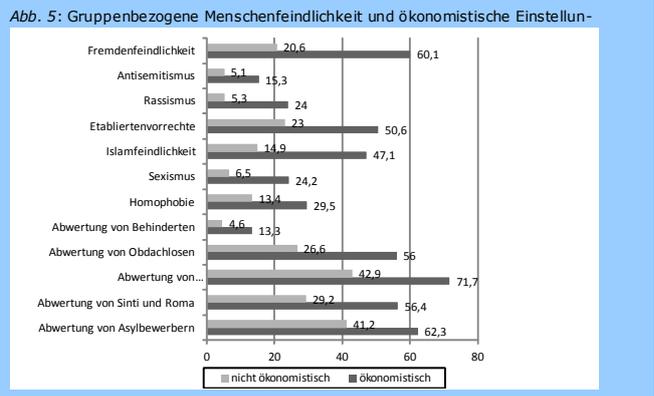
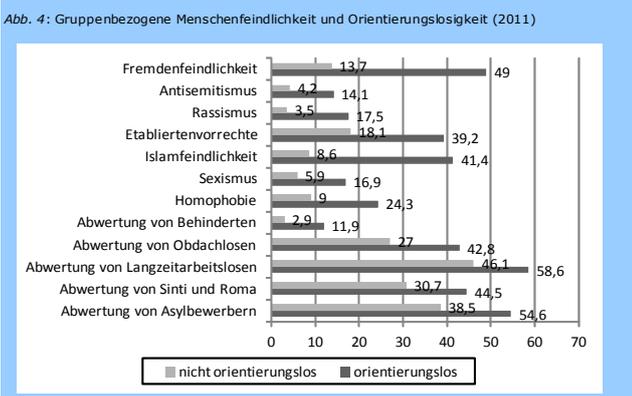


Abb. 3: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Krisenbedrohung (vgl. Heitmeyer 2012: 26)



deckte Normalisierung.

### 3. Die Entwicklung des Syndroms Gegen welche Gruppen steigen die Ressentiments, wo nehmen sie ab?

Zur Methode und Darstellung:

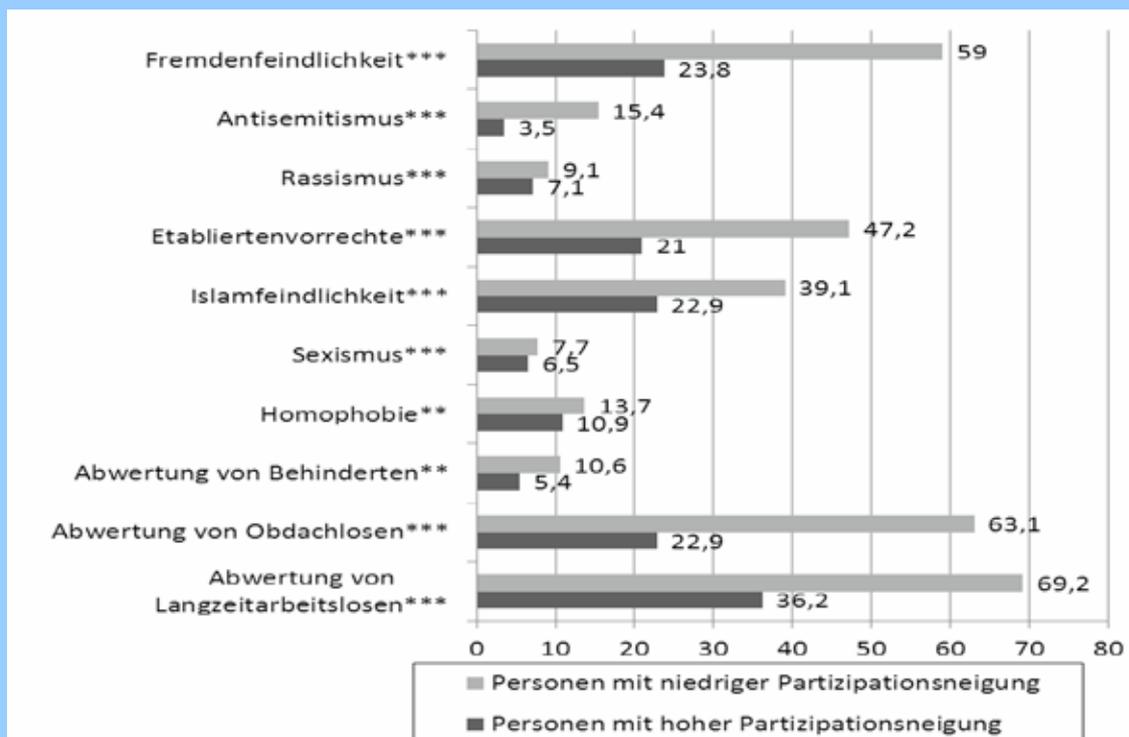
Jedes Element der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde mit zwei oder drei Aussagen erfasst. Dies gewährleistet eine zuverlässige Messung jedes Elements. Signifikante Veränderungen beobachten wir anhand von Mittelwerten dieser Einzelindikatoren. Dies bietet ein verlässlicheres Bild als der Blick auf Einzelindikatoren. Die Mittelwerte rangieren von 1 bis 4, d. h. je höher die Werte ausgeprägt sind, desto höher sind auch die feindseligen Mentalitäten. Im Anhang finden sich weitere Abbildungen über die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen, die zur Erfassung eines Elements verwendet wurden. Angegeben ist dort jeweils der Prozentsatz von Befragten, die einer Aussage zugestimmt haben.

A) Wieder ansteigend: Rassismus und die Abwertung von Obdachlosen sind nach einer bis dato leicht rückläufigen Entwicklung in der deutschen Bevölkerung von 2010 auf 2011 signifikant angestiegen. Bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen setzt sich der ansteigende Trend seit 2009 in diesem Jahr signifikant fort. Ein ebenfalls ansteigender Trend lässt sich aktuell bei der Fremdenfeindlichkeit und bei der Abwertung von Behinderten beobachten, wobei hier das Niveau immer noch niedriger ist als in der jeweiligen Ersterhebung des Vorurteils in 2002 bzw. 2005. Die Ansicht: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ ist in diesem Jahr um fünf Prozentpunkte auf 29,3 gestiegen. Mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) der Befragten meint in 2011 „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden“. 35,4 Prozent stimmen in 2011 der Aussage zu:

„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“ und befürworten damit die Ungleichbehandlung und den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.

B) Relativ gleichbleibend: Die Betonung von Etabliertenvorrechten hat in diesem Jahr nach einem sprunghaften Anstieg von 2009 auf 2010 wieder signifikant abgenommen und befindet sich aktuell auf einem niedrigeren Niveau als zum ersten Erhebungszeitpunkt. Auch die Islamfeindlichkeit ist nach einem signifikanten Anstieg von 2009 auf 2010 wieder deutlich zurückgegangen. In 2011 fühlen sich 30,2 Prozent „...durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. In 2010 waren dies noch 38,9 Prozent. Die Ansicht „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ teilen aktuell 54 Prozent der Befragten, während 2010 noch 64,7 Prozent diese Auffassung vertraten.

Abb. 6: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Partizipation (2011)



C) Relativ abnehmend: In den letzten drei Erhebungsjahren haben sich Antisemitismus, Homophobie und Sexismus leicht abnehmend gezeigt. Ein Viertel der Befragten findet es in 2011 „...ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“, während dies in 2005 noch zehn Prozent-

punkte mehr waren. „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ meinen derzeit 13 Prozent in der deutschen Bevölkerung, in 2002 stimmten der Aussage 21,6 Prozent zu.

#### 4. Jugendspezifische Ergebnislagen aus der GMF-Studie

Die empirischen Analysen zeigen auf, dass es aufschlussreich ist, wenn zwischen Altersgruppen differenziert wird. So zeigt Kirsten Endrikat in ihrer Untersuchung, dass jüngere Menschen höhere Desintegrationsängste aufweisen als ältere (Abb. 1; vgl. Endrikat 2006:104).

Nichtsdestotrotz, so Endrikat, unterscheiden sich die Desintegrationsängste nicht grundlegend von denen der Älteren. Von Interesse ist, dass einige Werte der Jüngeren seit 2002 konstant geblieben sind, was jedoch als problematisch gelesen werden kann, da die Desintegrationsbelastungen sich auf einem hohen Niveau eingependelt haben (vgl. Endrikat 2006:104).

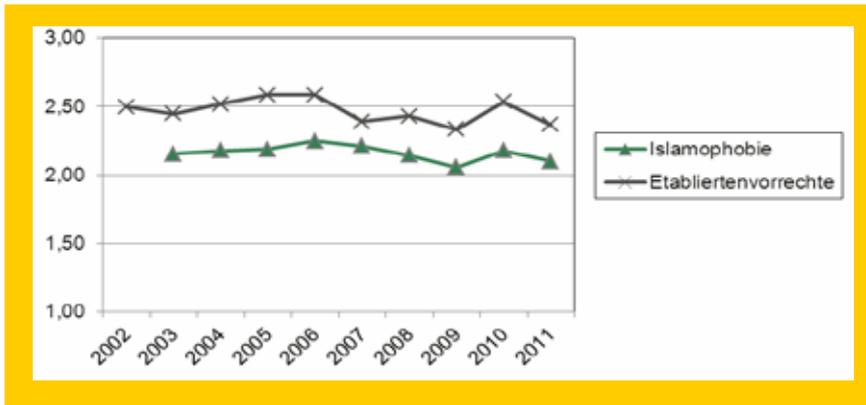
In diesem Zusammenhang verweisen z.B. Mansel und Brinkhof auf die Ausbreitung von Armut unter Heranwachsenden (vgl. Mansel/Brinkhof 1998).

Obwohl die Personen der Alterskohorte zwischen 16 und 25 Jahren höhere Desintegrationsbelastungen wahrnehmen, weisen sie niedrigere Werte im Syndrom auf als ältere Bevölkerungsgruppen (Abb. 2).

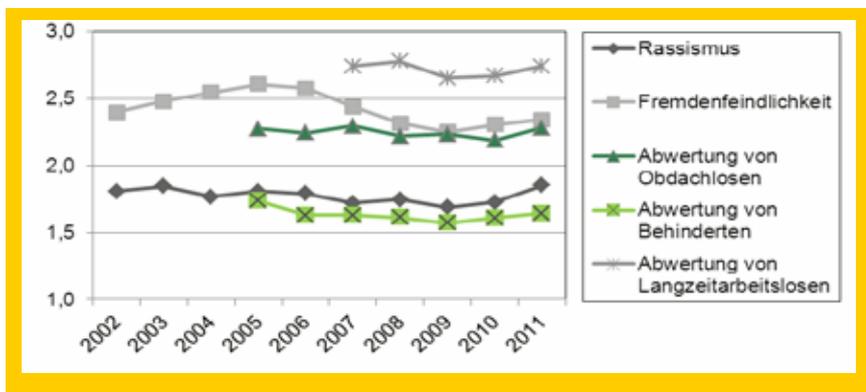
Im Vergleich der Altersgruppen zeigen sich die altersspezifischen Unterschiede besonders deutlich bei der Islamophobie, dem Antisemitismus, bei der Homophobie, den Etabliertenvorrechten sowie beim klassischen Sexismus. Dahingegen sind die Unterschiede bei der Fremdenfeindlichkeit nicht ganz so ausgeprägt. Bei der Abwertung von Obdachlosen liegen die Werte der Jüngeren dann deutlich über denen der Älteren. Hinsichtlich dieses Befundes bemerkt Endrikat, dass sich in der Abwertung von Obdachlosen die Angst der Jugendlichen vor dem sozialen Abstieg manifestiert (vgl. Endrikat 2006: 109ff.).

In ihren Analysen zeigt Endrikat ebenfalls auf, dass Jugendliche erfahrenen Desintegrationsbelastungen

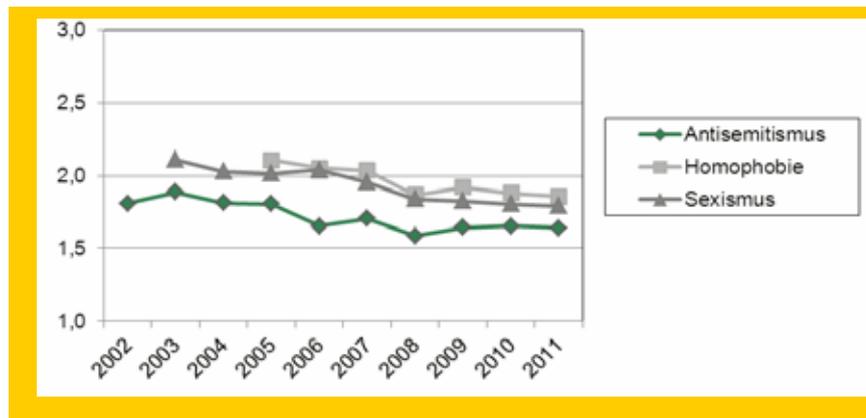
A) Wieder ansteigend



B) Relativ gleich bleibend



C) Relativ abnehmende



mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begegnen. Unter dem Vorzeichen der Kompensation, dient die Abwertung von Menschen bestimmter als schwach wahrgenommener Gruppen sowohl zur Aufbesserung des eigenen Selbstwertes als auch zur Demonstration von Überlegenheit und Macht. So erweist sich bei den Jüngeren (16-25) im Vergleich zu den Älteren (26+) die Angst vor einem sozialen Abstieg und die antizipierte schlechte soziale Absicherung bei Krankheit oder im Alter als besonders erklärungskräftig hinsichtlich des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (vgl. hierzu ebenfalls Marth / van de Wetering 2012: 128). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Schlüsselposition des Bildungsniveaus der jungen Menschen. Bildung dient als notwendige, jedoch nicht hinreichende Ressource für den Zugang zu zentralen gesellschaftlichen Teilsystemen. So zeigen sich in der hier zentrierten Analyse signifikante Zusammenhänge zwischen einer niedrigen Schulbildung und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und klassischem Sexismus.

### 5. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und politische Jugendbildung

Abschließend gilt es, in der vorliegenden Zusammenschau der Ergebnislagen der Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf Herausforderungen und Anregungen für die politische Bildung Jugendlicher einzugehen. In diesem Zusammenhang können die Erfahrungen und Erkenntnisse der Amadeu Antonio Stiftung nicht unerwähnt bleiben. In der Broschüre Die Theorie in der Praxis – Projekte gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit berichten WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen über Chancen und Herausforderungen des wissenschaftlichen Ansatzes Gruppenbezogene

Abb. 1: Desintegrationsindikatoren

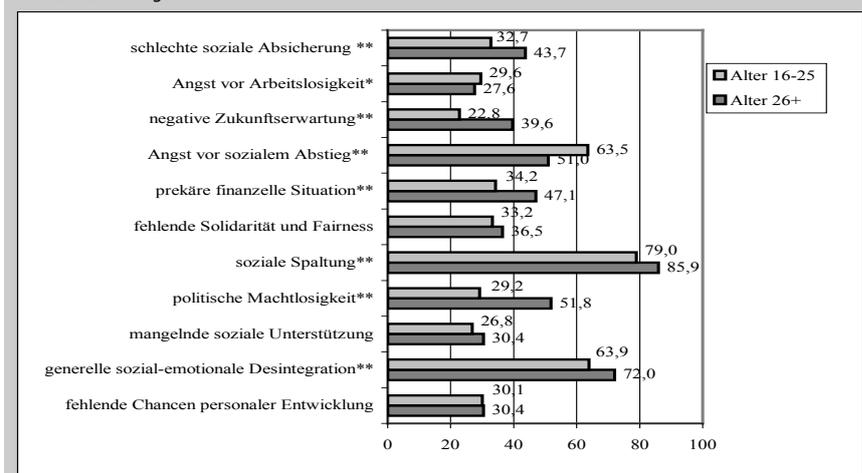


Abb. 2: Syndromelemente der GMF differenziert nach Alter (Raten derer, die Skalenwerte von über 2,5 aufweisen/Angaben in Prozent)

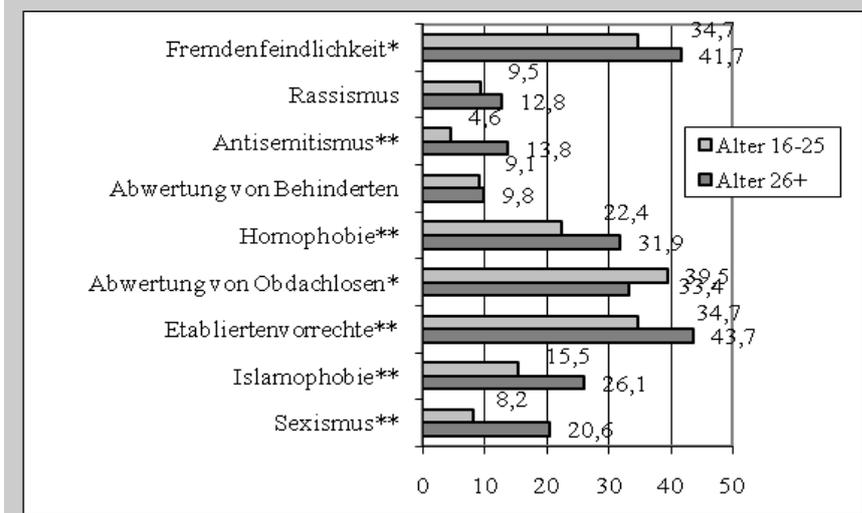
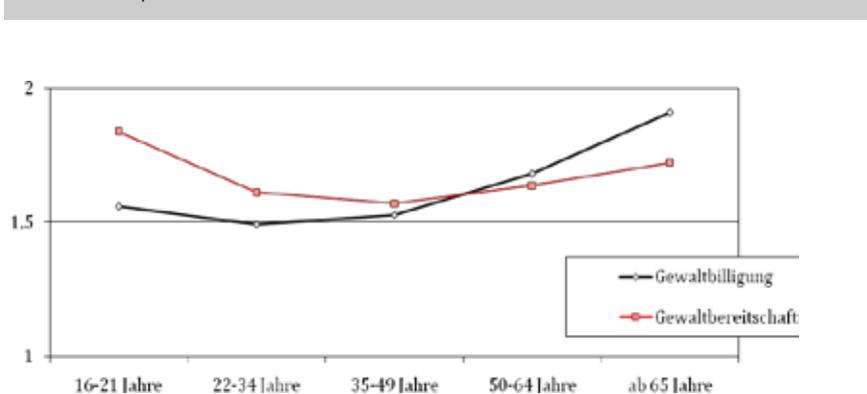


Abb. 3: Gewaltpotential 2002-2011 nach Altersklassen



Quelle: GMF-Survey 2002-2011; Mittelwerte, Skala 1-4

Menschen-feindlichkeit (vgl. Kahane 2011: 8). Für die politische Jugendbildung könnten dabei folgende Reflexionen über bestimmte Umsetzungsformen und Praxistypen durchaus von Interesse sein.

So berichtet Henrike Herrmann über ihre Beobachtungen im Zusammenhang mit der Ausbildung von jugendlichen Ausbildungs- und Vielfaltcoaches als Möglichkeit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Lebenswelten von jungen Menschen zu thematisieren (vgl. Herrmann 2011: 16-21). In der konkreten Umsetzung fanden sich insgesamt 30 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren, die sich dazu entschlossen, in ihren Lebenswelten für Vielfalt und Toleranz einzutreten. Diese Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihren Lebenswelten wurde in einem ersten Schritt durch einen Workshop zu den Ergebnissen der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eingeleitet. In der rückblickenden Beschreibung bemerkt Herrmann, dass die teilnehmenden Jugendlichen anhand der Kernfragen – Wo erlebe ich Ungleichwertigkeit? Und wie reagiere ich darauf? – einen veränderten Blick auf unmittelbar erlebte Abwertungen in ihrem direkten Nahumfeld entwickelt haben. Im Verlauf des Workshops zeigte sich, dass eine Auswahl aus den einzelnen GMF-Facetten erforderlich war. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit blieb in diesem Vorgang im Mittelpunkt, während vertiefend auf Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie eingegangen wurde. Mit der Thematisierung und der Auseinandersetzung im Schutzraum des Workshops zeigten sich vor allem zu den Themen Homophobie, Sexismus, Antiziganismus und der Abwertung von Obdachlosen starke Reaktionen aber auch Phasen der Selbstreflexion bei den Jugendlichen hinsichtlich ihrer eigenen Wahrnehmungen. Als ein wesentlicher Punkt des Workshops ist an dieser

Stelle die Anregung zum „selber aktiv werden“ zu erwähnen. Unter Anleitung verschiedener pädagogischer Fachkräfte wurden die Jugendlichen in die Grundlagen der Projektarbeit eingeführt. Zusammenfassend führte das hier vorgestellte Projekt nicht nur zu einem Prozess des Erfahrungslernens sondern mündete letztendlich in eine Vielzahl von den teilnehmenden Jugendlichen entworfenen und umgesetzten Projekten, die GMF in schulischen Kontexten thematisieren und sowohl mit dem Lehrerkollegium als auch mit den Mitschülern diskutieren.

Neben dem Ansatz der Vielfaltcoaches verweist Anette Kahane auf das Verfahren des Audits als Praxistyp (vgl. Kahane 2011: 12). Dieses Verfahren wurde in erster Linie für Schulen entwickelt. Auf Basis übergeordneter Kriterien, auf die sich alle Beteiligten verständigen können, treten Lehrer, Schüler, Eltern und Sozialarbeiter in einen diskursiven Dialog. So diskutieren die Teilnehmenden zum Beispiel anhand der Aussage: Alle haben den gleichen Zugang zu Informationen, die sie selbst betreffen. In den Diskussionen zeigt sich, dass die Organisationsformen der Schulen der Gleichwertigkeit und Anerkennung der dort tätigen Menschen zumeist konträr gegenüberstehen (zur Rolle von Anerkennungsstrukturen im schulischen Kontext siehe auch Holzer/Marth/van de Wetering 2007:105ff.). In einem anschließenden Schritt werden für die in der Kommunikationsform des Audits ermittelten Defizite Lösungsvorschläge erarbeitet. Das Verfahren des Audits schließt in einer späteren Sitzung, die sich danach erkundigt, welche

Dennis van de Wetering, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ Prof. Dr. W. Heitmeyer, Universität Bielefeld.

## Literatur

- Anhut, R./Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W./ Anhut, R. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München. S.17-76.
- Endrikat, K. (2006): Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 4. Frankfurt/Main. S.101-115.
- Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hrsg.) (1994): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2003): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2005): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2006): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2009): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.
- Herrmann, H. (2011): Chancengleichheit für alle! Das Projekt zur Ausbildung von Vielfalt- und Gleichwertigkeitscoaches. In: Die Theorie in der Praxis. Projekte gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Berlin. S. 6-24.
- Honneth, A. (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/Main.
- Hüpping, S. (2006): Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 4. Frankfurt/Main. S.86-100.
- Mansel, J./Brinkhoff, K.-P. (Hg.)(1998): Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Ghettoisierung und die psychosozialen Folgen, Weinheim/München
- Holzer, B./Marth, J./van de Wetering, D. (2007): Partizipation als Indikator für schulisches Sozialkapital in der Oberstufe? Versuch einer methodischen Annäherung an das Konstrukt des schulischen Sozialkapitals. In: Boller, S./Rosowski, E/Stroot, T. (Hrsg.): Heterogenität in Schule und Unterricht. Handlungsansätze zum pädagogischen Umgang mit Vielfalt. Weinheim/Basel. S.103-117.
- Kahane, A. (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Chancen und Herausforderungen in der lokalen und pädagogischen Praxis. In: Die Theorie in der Praxis. Projekte gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Berlin. S.8-16.
- Marth, J./van de Wetering, D. (2012): Die Bedeutung von ethnischer Konstellation und Raumperzeption für Gewaltbereitschaft in benachteiligten Sozialräumen. In Heitmeyer, W./ Kock, S. / Mart, J./ Thöle, U./ Thome, H./ Schroth, A./ van de Wetering, D.(Hrsg.): Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden. S.110-133.
- Nader, A. (2011): Erkennen. Benennen. Verändern! Erklären und Aufklären gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Die Theorie in der Praxis. Projekte gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Berlin. S.28-34.

# : Homophobie und sexuelle Vielfalt - auch ein Thema für Kinder?

KLAUS BECHTOLD

Das Thema Homosexualität kommt in der alltäglichen Arbeit mit Kindern unter 10 Jahren nicht vor. Die Suche nach Fachliteratur, Methodensammlungen, Kinderbüchern, Filmen, Fachtagen und anderen Arbeitshilfen fällt vergleichsweise schwer und bringt nicht viel an verwertbaren Funden.

Pädagogische Materialien richten sich in der Regel an Jugendliche und junge Erwachsene. Das mag daran liegen, dass das Thema Homosexualität vor allem im Kontext von Sexualpädagogik seinen Platz findet und diese hat Jugendliche im Blick – keine Kinder. Eine Übertragung der Methoden auf Kinder ist von daher auch schwierig, da es eben um Sexuaufklärung und Sexualpädagogik geht.

Auch wenn die Auseinandersetzung mit Sexualität Kinder heute früher erreicht, spielt (homo-)sexuelles Fachwissen hier keine große Rolle und muss es auch nicht. Dort wo Kinder Fragen zu (Homo-)Sexualität haben und diese vorbringen, sollten sie gehört werden. Das aktive Heranführen des Themas im Sinne einer (Homo-)Sexuaufklärung an Kinder unter 10 Jahren ist aber wohl eher nicht nötig.

Was aber nötig scheint, ist die aktive Auseinandersetzung mit Homophobie, sexueller Vielfalt und der Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen. Auch Kinder unter 10 Jahren sind einerseits konfrontiert mit expliziter Homophobie und andererseits mit einer Welt, die in allen Lebensbereichen Heterosexualität unterstellt.

Ablehnende Einstellungen entwickeln sich nicht erst mit Beginn der eigenen Pubertät und sind im Rahmen von sexualpädagogischer Arbeit auch schwer zu bearbeiten. Insofern gibt es ausreichend Grund und Gelegenheit, das Thema Homosexualität in der außerschulischen Bildungsarbeit eben auch mit Kindern aufzugreifen und so zu deren Toleranz und Reflektionsbereitschaft etwas beizutragen.

Die hier vorgestellten Methoden wurden im Rahmen eines Workshops auf einem Falken-Zeltlager im Jahr 2011 für Kin-

der von 7 bis 10 Jahre eingesetzt und dokumentiert. Sie wurden seit dem auch in anderen Zusammenhängen der Jugendverbandsarbeit genutzt, aber noch nicht grundsätzlich ausgewertet und weiterentwickelt. Beim Landesverband der SJD – Die Falken Hessen besteht seitdem eine Bücherkiste mit Kinderbüchern rund um das Thema, die ständig erweitert wird.

Vorbemerkungen zur Ausrichtung des Workshops

Die vorgestellten Methoden wurden mit einer Gruppe von Kindern genutzt, die sich aufgrund ihrer Interessen freiwillig in den Workshop „Ben liebt Anton“ eingewählt hatten. Eine Übertragung auf Schulklassen oder „unfreiwillige“ Gruppen muss pädagogisch-konzeptionell geprüft werden.

Der Workshop will Homosexualität nicht im Sinne einer sexualpädagogischen Aufklärung behandeln, sondern stark entlang der Aspekte „Homophobie“, „Sexuelle Vielfalt“ und „Vielfalt der Lebensentwürfe“ thematisieren.

3. Homosexualität von Männern wird stärker thematisiert, als Homosexualität von Frauen. Schwule sind von Homophobie stärker betroffen, als Lesben. Die gewählte Perspektive des Workshops greift dies auf und setzt hier einen Schwerpunkt.

Methode 1: Wir kommen ins Gespräch

Von den Kindern liegen Anfangssätze groß ausgedruckt auf dem Boden. Die Kinder nehmen nacheinander einen Satz und vervollständigen ihn. Danach wird der Satz wieder zu den anderen gelegt, damit wieder alle Sätze zur Auswahl sind.

Ich kenne einen schwulen Mann, und zwar...

Ich kenne eine lesbische Frau, und zwar...

Ein berühmter Homosexueller ist ...

Ich weiß nix, will aber was erfahren und zwar ...

In der Schule wird schwul oft als Schimpfwort benutzt. Ich will wissen warum.

Ich weiß was über Homosexualität und zwar...

Ich finde das Thema spannend, weil,...

Ich hab schon mal 2 Männer (oder 2 Frauen) sich küssen sehen, das fand ich...

Ich hab schon mal etwas über Homosexualität im Fernsehen gesehen, und zwar...

Methode 2: Barometer mit Einschätzungen

Anhand einer Linie (oder eines Seils) auf dem Boden positionieren sich die Kinder zu den folgenden Fragen. Dabei stellen sie sich an den Ort auf der Linie, der am ehesten ihre Zustimmung zur Frage abbildet. Alle Orte auf der Linie sind zulässig. Die verschiedenen Meinungen und Positionen werden begründet und es kommt zum Austausch darüber. Möglich sind auch Klebepunkte an einer Tafel oder Namenskarten, die auf der Linie abgelegt werden.

Fragen:

Homosexuelle Menschen kann man am Aussehen erkennen (Antwort-Pole: Ja - Nein)

Dein Freund erzählt mir, dass er sich in einen Jungen verliebt hat. Wie reagierst du? (Antwort-Pole: Finde ich toll – ich beende die Freundschaft)

Du siehst 2 Frauen die sich küssen. Was denkst du? (Antwort-Pole: Das sollen sie besser daheim machen – das ist voll in Ordnung)

Du bekommst mit, wie ein Kind als „schwul“ beschimpft wird. (Antwort-Pole: In der Schule werden eben Schimpfworte genutzt – Ich erkläre den anderen, warum „schwul“ kein Schimpfwort sein sollte)

Ein schwuler Junge kommt in deinen Fußballverein. (Antwort-Pole: ist doch egal was der ist – wichtig ist, dass er gut spielt – das ist der falsche Sport für den.)

Rosa ist eine schwule Farbe. (Antwort-Pole: Ja – Nein)

Jeder Mensch kann sich in einen Menschen mit dem gleichen Geschlecht verlieben. (Antwort-Pole: stimmt – stimmt nicht)

## Workshopbeschreibung für Kinder

### Ben liebt Anton

#### oder: Darf man sich als Junge in einen Jungen verlieben und als Mädchen in ein Mädchen?

Der Workshop beschäftigt sich mit dem Thema Homosexualität. Es geht also um schwule Jungen (Männer) und lesbische Mädchen (Frauen). Schwul ist ein Junge dann, wenn er sich nicht in Mädchen, sondern in andere Jungen verliebt. Lesbisch ist ein Mädchen dann, wenn es sich nicht in Jungen, sondern in andere Mädchen verliebt.

Viele kennen die Wörter „schwul“ und „lesbisch“. Aber die wenigsten wissen, was genau damit gemeint ist. Das wollen wir rausfinden. Und wir wollen rausfinden, warum es Menschen gibt, die das doof finden. Und warum „schwul“ so gerne als Schimpfwort benutzt wird.

### Methode 3: Familienhäuser – alle unter einem Dach?

Jedes Kind malt ein großes Haus auf ein A3-Papier. In die Häuser werden die Menschen und Tiere reingemalt, die zu einem dazu gehören: Mit wem lebe ich unter einem Dach? Wer ist noch alles meine Familie? Wo und mit wem leben die Familienmitglieder, die nicht im gleichen Haus leben? Anschließend stellen sich die Kinder freiwillig (!) gegenseitig ihre Familien vor und besprechen die Unterschiede und Ähnlichkeiten. Welche Familien-Modelle gibt es noch, die jetzt nicht gemalt wurden? Kann es den Menschen (Kindern) damit gut gehen, wenn Schwule/Lesben in der Familie vorkommen?

Bei dieser Methode ist zu beachten, dass für Kinder die Darstellung ihrer Familiensituation auch unangenehm sein kann. Denn natürlich sind Familien auch von Trennungen und Konflikten geprägt. Insofern ist eine hohe Sensibilität und die Freiwilligkeit beim Malen und Erklären ganz wichtig.

Es sollte auch der Eindruck vermieden werden, dass alle Familienformen gleich glücklich machen, denn das entspricht nicht der Erfahrung vieler Kinder. Aber anhand der Vielfalt

von realen Familienmodellen kann gesehen werden, wie unterschiedlich Familie aussehen kann und dass in Trennungsfamilien und Patchworkfamilien, aber gerade auch in Regenbogenfamilien Kinder leben und glücklich sein können.

Buch zum Thema: Alles Familie, Alexandra Maxeiner, Anke Kuhl

## Methode 4: Der Prinz ist schwul - gesellschaftliche Reaktion und Zuschreibungen

Wenn das Thema von der Gruppe angenommen wurde, können allgemeinere gesellschaftliche Fragen in den Blick genommen werden. In einer Diskussionsrunde werden gesellschaftliche Tabus angesprochen: Wer kennt einen schwulen Sänger oder Schauspieler? Wer kennt einen schwulen Politiker? Wer kennt einen schwulen Fußballer? Kann man manche Berufe als Schwuler besser und andere garnicht? Wie ist das bei lesbischen Frauen?

Was können wir uns gut vorstellen?

- ▶ schwuler König oder Prinz? Hätte der englische Prinz William auch einen Mann heiraten dürfen?
- ▶ schwuler Kanzler oder lesbische Kanzlerin
- ▶ Homosexuelle Bürgermeister
- ▶ Homosexuelle Schauspieler + Sänger

Schwule/lesbische Fußballer

Bücher für Kinder:

König und König; Linda de Haan & Stern Nijland

Papas Freund; Michael Willhoite

Luzie Libero und süße Onkel; Pija Lindenbaum

Alles Familie; Alexandra Maxeiner, Anke Kuhl

Zwei Papas für Tango; Edith Schreiber-Wicke & Carola Holland (Alternativ in

Englisch: An Tango makes Three)  
Komm, ich zeig dir meine Eltern; Michael Link & Sabine Schöneich  
Irgendwie anders; Kathryn Cave, Chris Riddell und Salah Naoura  
Mommy, Mama, and Me; Leslea Newman

**Klaus Bechtold**  
**(SJD - Die Falken Landesverband**  
**Hessen)**

# : Erfahrungen zum Juleica-Baustein gegen Rechtsextremismus in der Jugendleiter/innenausbildung

SANDRA SACHER, JÜRGEN SEEGER

Im Rahmen des Fachtages Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit stellt der BDKJ Hessen seine Erfahrungen zum Juleica-Baustein „Gegen Rechtsextremismus“ in der Jugendleiterausbildung vor.

Der BDKJ ist Dachverband von 17 katholischen Jugendverbänden und -organisationen mit rund 660.000 Mitgliedern in Deutschland. Dem BDKJ in Hessen gehören neun Mitgliedsverbände in den drei Diözesanverbänden Fulda, Limburg und Mainz mit rund 14.000 Mitgliedern an. Der BDKJ vertritt ihre politischen, sozialen und kirchlichen Interessen. Weitere Informationen auch in Netz unter: [www.bdkj-hessen.de](http://www.bdkj-hessen.de) Ein Anliegen ist es, zunächst die Multiplikator/innen und später die Teilnehmer/innen der Juleica-Bausteine zum Thema Rechtsextremismus zu informieren und sie zu dessen Auftreten und Erscheinungsformen sowie dem Umgang mit dem Thema zu sensibilisieren und zu stärken.

**Ablauf-Vorschlag für Seminarbausteine und Projektstage zum Thema Menschenrechte & Rechtsextremismus**

„Wie will ich leben?“ Demokratie und Menschenrechte.

Eine Selbstverortung.

Rechtsextremismus – ein Faktencheck

## Methoden

9-Punkte Methode – Wie will ich leben? (Einzel- und Gruppenarbeit)

Menschenrechte – ein Input

Dilemma-Debatte

Rechtsextremismus – ein Faktencheck

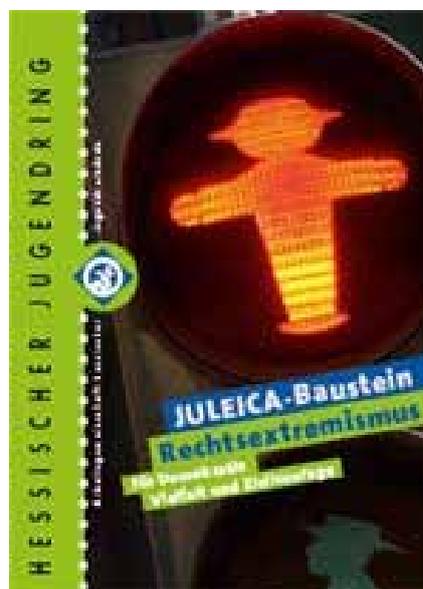
Der „typische“ Rechte (Gruppenarbeit)

Codes und Symbole (Gruppenarbeit)

Musik – ein Input

Couragespiel – Was tun? (Gruppenarbeit)

Bewährte Methoden aus der Praxis:



Das Toleranznetz – Als Einstiegsübung zum Thema Toleranz / Kennenlernen (Zeit: 45 - 60 Minuten /Teilnehmer/innen: 10 – 20 Personen)

Die Teilnehmer/innen schildern aus ihrer eigenen Biografie Erlebnisse mit Toleranz. Mittels eines Wollknäuels, das mit dem Erzählen der Erlebnisse, an die Teilnehmer/innen weitergeworfen wird, entsteht aus den Schilderungen ein Toleranznetz der ganzen Gruppe.

Rassismus-Skalen (Zeit: 45 – 60 Minuten / Teilnehmer/innen: 10 – 20 Personen)

Ablauf: Im Raum werden zwei Blätter, eines mit dem Begriff „rassistisch“ und das andere mit der Aufschrift „nicht-rassistisch“ an entgegen gesetzten Enden ausgelegt.

Variante a) Die Teilnehmer/innen bekommen ein vorbereitetes Blatt mit mehr oder weniger rassistischem Inhalt. Alle werden gebeten, zunächst ohne Diskussion, das Blatt an die Stelle zu legen, an die ihrer Meinung nach auf der Rassismus-Skala gehört.

Variante b) Die Teilnehmer/innen bekommen eine Situation/Aussage vorgelesen und müssen sich im Raum an der Rassismus-Skala positionieren.

Die Teilnehmenden sollen über die Aktion in Diskussion kommen. Ein verrücken der eigenen Positionen bzw.

der Blätter ist jederzeit möglich. Dabei kann diskutiert werden:

Wie rassistisch ist die eine oder andere Situation/Aussage überhaupt? Wodurch?

Soll sie sachlich informieren oder sind die Worte diffamierend gemeint?

Kann man überhaupt nach den Kriterien „rassistisch“ und „nicht-rassistisch“ ordnen?

Empfindet man vielleicht ganz unterschiedliche Dinge als rassistisch? Wieso?

Gibt es Rassismus, der „gar nicht so gemeint“ ist?

Ist Rassismus ein deutsches Problem?

Was ist positiver Rassismus?

Zivilcourage zeigen (Zeit: 60 – 90 Minuten / Teilnehmer/innen: 10 – 20 Personen)

Es sollen Strategien entwickelt werden, mit denen in Situationen, in denen Menschen ausgegrenzt werden, agiert werden kann.

## Ablauf

Die Gruppe wird in kleinere Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe erhält ein Szenario und wird von den Teamern aufgefordert sich zu überlegen, wie sie auf dieses Szenario reagieren würde. Die einzelnen Strategien werden dann in der Gruppe zusammengetragen und auf einer Wandzeitung festgehalten.

## Variation:

Die Szenen werden von den Gruppen in Rollenspielen dargestellt und die Gruppe verhält sich dabei nach ihren Handlungsvorschlägen. Die Szenen werden kurz ausgewertet:

Wie geht es den Couragierten?

Welche Strategie wurde zurechtgelegt?

Wie hat die Strategie gewirkt? Hat sie gewirkt?

Wie ging es den anderen?

Gibt es für diese Situation Handlungsalternativen?

## Literatur / Material:

Arbeitshilfe COURAGE! Für Vielfalt und Toleranz. BDJ in Hessen und Rheinland-Pfalz (Hrsg.), 2008

JULEICA-Baustein Rechtsextremismus. Für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage. Hessischer Jugendring e.V. (Hrsg.), Wiesbaden, 2011

MISCHEN IS POSSIBLE. Kartenspiel zur Sensibilisierung in der Migrationsgesellschaft. Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (Hrsg.). 2009

SCHULHOF-CD für Demokratie und Toleranz. KJG Mainz (Hrsg.). 2007

**Sandra Sacher / Jürgen Seeger (BDJ Hessen)**





# : Sportkampagnen gegen Extremismus und für Integration

## Ein kritisch-konstruktiver Blick

ANGELIKA RIBLER



*Workshop*  
***Was tun gegen Rechtsextremismus und  
Menschenfeindlichkeit?***

## **Sportkampagnen gegen Extremismus und für Integration – Ein kritisch-konstruktiver Blick**

*Angelika Ribler*



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt

Um was geht es?

## Gegen „Extremismus“

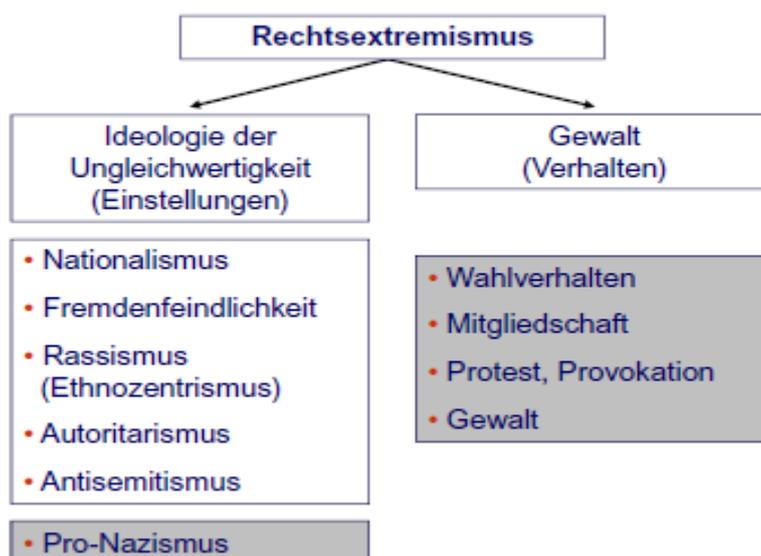
## Für „Integration“



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



### Integrationshemmnis Rechtsextremismus



Quelle: Heilmeyer 1992; Stöck 2005; Becker 2008

hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt

## Erscheinungsbild von Rechtsextremismus im hessischen Sport

**NPD-Mann trainiert Jugend**

**Sportjugend Hessen  
kommt zu Hilfe**

Rechtsradikaler in Wetzlar trainiert Kinder

**RSV trennt sich  
vom NPD-Trainer**



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



## Integrationsverständnis im Wandel

„Überfremdung eines deutschen Sportvereins“  
(DSB Sport der ausländischen Mitbürger, 1981)

„Vielfalt ist Reichtum“  
(DSB Sport und Zuwanderung, 2004)



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



## Erscheinungsbild von Rassismus im hessischen Sport

### Schlägerei nach rassistischen Rufen *HNA Kassel 26/8/07*

Fußball-Kreisliga: Zuschauer beleidigt dunkelhäutigen Spieler und wird von ihm anschließend angegriffen

### „Bimbo“ war das Reizwort

Fußball: Spielabbruch nach Massenschlägerei beim SSV Eichhof

### Beschimpfungen vom Sportplatz verbannen

Fußballverband bildet Konfliktmanager aus – „Nazi“ und „Kanake“



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



## Erscheinungsbild von Rechtsextremismus im hessischen Sport

- Vorbestrafter hoher NPD-Funktionär war 5 Jahre Fußballjugendtrainer
- Fußballspieler und Eishockeyspieler laufen mit der Trikot-Nummer „88“ und „28“ auf
- Ehemaliger NPD-Landesvorsitzender (Marcel Wöll) verklagt Fußballverein wegen Nicht-Aufnahme seines Sohnes
- Jugendliche Fans eines Vereins kommen aus der rechtsextremen Szene und fallen bei Auswärtsspielen durch gewalttätige Ausschreitungen auf
- Rassistische Beleidigungen, rechtsextreme Kleidung von Fans
- In der Nachbarschaft mehrerer Vereine wohnt ein gewalttätiger, rechtsextrem orientierter junger Mann, der Nachbarn angreift, laute „Kammer“-Partys feiert, junge Leute zusammenschlägt etc.
- Auf einer Sportjugendfreizeit nennt sich eine Gruppe „Team 88“



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt





Projekt

# Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport

*Im Rahmen der Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen*



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



Projekt 2011 – 2014

# Erlebniswelt Sport - Wir bieten **R**espekt und **A**nerkennung! **R.AN!**



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



## Projekt Interkulturelles Konfliktmanagement im Fußball



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



# 1. ECHZELL-FESTIVAL

## Gemeinsam gegen RECHTSAUSSEN

28. August 2010  
Sportgelände Echzell-Gettenau

ab 15:00 Uhr  
**KICKEN GEGEN RECHTSAUSSEN**  
Soccer-Turnier der C-Jugend

ab 16:00 Uhr  
**SPORTLICH GEGEN RECHTSAUSSEN**

- Familienfreundlicher Sportparcours
- Aufwärmübungen (Sportunterricht) angereichert mit Informatik über die Rechte
- Sing, Dance and be-party - Workshops für Jugendliche
- Ausstellung zum Thema „Rechtsverbrechen“
- Fotostrecke mit Protesten

ab 18:00 Uhr  
**ROCK GEGEN RECHTSAUSSEN**  
DIE FRAULIN WUNDER & KARTMANN

**DANACH DISCO**

**EINTRITT FREI!**

**WAS SIND KEINE DITRETT!**

**GRÜTSCHE GEGEN RECHTSAUSSEN**



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



### Keine rechte Kluft im Stadion



KSV Hessen Kassel

#### Stadionordnung

#### § 6 Verbote

- Parolen zu rufen, die nach Art oder Inhalt geeignet sind, Dritte aufgrund ihrer/ihrer Hautfarbe, Religion, Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu diffamieren.
- Fahnen, Transparente, Aufnäher oder Kleidungsstücke zu tragen oder mitzuführen, deren Aufschrift geeignet ist, Dritte aufgrund ihrer/ihrer Hautfarbe, Religion, Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu diffamieren oder deren Aufschrift Symbole verfassungsförderlicher Organisationen zeigt.
- Kleidungsstücke zu tragen oder mitzuführen, deren Herstellung, Vertrieb oder Zielgruppe nach allgemein anerkannter Ansicht im rechtsextremen Fied anzusiedeln sind.



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



## Was kann ein (Sport)- Verein tun?



- Sensibilisierung der Trainer/Betreuer/Eltern/Spieler/...
- Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern
- Attraktive Sport- und Bewegungsangebote machen
- Satzung ergänzen, Diskussion
- Klare demokratische Grundregeln in der Satzung verankern und leben!
- Deutliche Haus- und/oder Platzordnung erlassen



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt

### Auszüge aus der Jugendordnung, § 3 Zweck und Grundsätze

- (2) „Die Sportjugend Hessen ist parteipolitisch neutral. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen der Menschenrechte, zu der Freiheit des Gewissens und der Freiheit im Rahmen einer demokratischen Gemeinschaft. Die Sportjugend Hessen wendet sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen antidemokratische, nationalistische und antisemitische Tendenzen. Sie wirkt allen auftretenden Diskriminierungen und Benachteiligungen von Menschen entgegen, insbesondere wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder Behinderung. Sie fördert die Gleichstellung der Geschlechter sowie die soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“.
- (3) „Die Sportjugend Hessen tritt für die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Jugend ein. Sie pflegt den Gemeinschaftssinn und die internationale Begegnung“.
- (5) „In die Organe der Sportjugend Hessen sind nur Personen wählbar, die sich zu den Grundsätzen der Sportjugend Hessen (§ 3) bekennen und für diese innerhalb und außerhalb ihres Vereins/Verbandes eintreten“.



hjr Tagung 21.03.2012 Frankfurt



# : Netzwerk Demokratie und Courage

## Neues Bildungsmodul zu sexistischen Anfeindungen

SANDRA SATTLER, STEFAN SALEWSKI

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites politisches Bildungsprojekt, das seit über zehn Jahren mit Projekttagen, Workshops, Seminaren und Multiplikator\_innen-Fortbildungen vornehmlich an Schulen, in Jugendeinrichtungen und in Betrieben mit den Themenschwerpunkten Antirassismus und Aufklärungsarbeit über Neonazismus aktiv ist.

Ziel der Bildungsarbeit ist es, eine tolerante und offene Kultur zu fördern, die sich gegen Vorurteile, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellt und das Demokratieverständnis junger Menschen stärkt. Diese sollen dabei zum Nach- und Umdenken angeregt und für Ausgrenzungssituationen sensibilisiert und motiviert werden, Zivilcourage im Alltag zu zeigen, in Situationen mutig zu agieren, in denen andere Menschen mit Vorurteilen belegt, ausgegrenzt werden oder Gewalt erfahren. Werte wie Solidarität, Partizipation, Toleranz und

gewaltfreier Umgang mit Meinungsunterschieden und Konflikten werden in den Projekttagen gestärkt.

Das NDC hat in jedem Bundesland unterschiedliche Unterstützer\_innen und Angebote. In Hessen besteht das Netzwerk aus etwa 40 aktiven ehrenamtlichen Teamenden, die von der DGB Jugend und dem BDKJ (Bund der katholischen Jugend) getragen und gefördert werden.

Ein Projekttag umfasst sechsmal 45 Minuten und wird jeweils von zwei ausgebildeten Teamer\_innen in geschlechtsgemischter Zusammensetzung durchgeführt. Obwohl die Projekttage in der Regel in Schulen und Ausbildungseinrichtungen stattfinden, wird kein Unterricht durchgeführt. Mit Stellen eines Stuhlkreises, dem Einsetzen von Pinwänden und Moderationskarten, unterschiedlichen Medien und Spielen, die nicht nur als Auflockerungs- und Konzentrationsmittel eingesetzt werden, sondern gezielt pädagogisch, hebt sich ein Projekttag von einem normalen Schultag deutlich ab. Es entsteht eine offene Lernatmosphäre, in der Methoden und Inhalte verwendet werden, die sich nah an der Lebenswelt der Jugendlichen orientieren. Im Vordergrund steht die praktische und aktive Beteiligung der Jugendlichen am Projekttag.

Neben den drei Basis-Projekttagen A, B und C wird seit 2010 in Hessen auch der Projekttag S „Was Barbie und Superman uns vorgeben“, ein ebenfalls sechsstündiger Projekttag zu Geschlechterbildern, Sexismus und couragiertem Handeln, angeboten. Ziele des Projekttages sind es, den Teilnehmenden zu vermitteln, was Sexismus bedeutet, wie weit er im Alltag verbreitet ist und dass ihre Sozialisation an Geschlechternormen orientiert ist. Weiterhin werden die Teilnehmenden dafür sensibilisiert, dass sexistische Diskriminierung Folgen für Betroffene hat, und sie lernen Handlungsmöglichkeiten gegen sexistische Diskriminierung im Alltag kennen. Zielgruppe des Projekttages sind Schüler\_innen ab der 8. Klasse aller Schultypen bzw. Auszubildende. Der Projekttag ist so konzipiert, dass er flexibel an verschiedene Altersgruppen und Bildungsniveaus angepasst werden kann.

Ein Kernelement neonazistischer Einstellungen ist die Ideolo-



gie der Ungleichheit, nach der Menschen aufgrund bestimmter Merkmale wie beispielsweise Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexuelle Orientierung ungleich bewertet werden. Bezogen auf Geschlecht und sexuelle Orientierung wird das neonazistische Denken von sehr festgefahrener und starren Geschlechterstereotypen und einer starken Homophobie geprägt. Wie allerdings sowohl Heitmeyer in seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (2002-2012) als auch Decker/Brähler in ihrer Studie „Vom Rand zur Mitte“ (2006) feststellten, sind sexistische und homophobe Einstellungen allgemein in der Bevölkerung weit verbreitet und überall in unserer Gesellschaft zu finden.

In der Pubertät spielt das Geschlecht bzw. bestimmte Vorstellungen, Bilder und Erwartungen, die mit Männlichkeit und Weiblichkeit verbunden sind, ein wichtiger Faktor in der Identitätsbildung ebenso wie erste sexuelle Erfahrungen mit dem eigenen und anderem Geschlecht. Immer noch fokussieren viele Mädchen und junge Frauen in ihrer Berufswahl in geschlechtsstereotype Bereiche.

Der Projekttag S setzt sehr niedrigschwellig in der Sensibilisierung von Geschlechterstereotypen anhand von Bildern aus der Werbung an. In einem Quiz wird gezeigt, wie spezifische Erwartungen an Frauen und Männer auch zu materieller Ungleichheit und sozialer Ungleichbehandlung führen. Im nächsten Schritt wird den Teilnehmenden in geschlechtergetrennten Gruppen der Einfluss von Geschlechternormen auf Aspekte ihres Lebens erfahrbar gemacht. Dabei nehmen sie wahr, dass die Orientierung an individuellen Wünschen und Interessen mehr Möglichkeiten bietet. Mit einem Zusammenschnitt von Sequenzen aus dem Film „Sommersturm“ werden Vorurteile gegenüber Lesben und Schwulen hinterfragt und Empathie für ihre Perspektive geschaffen.

Im weiteren werden Beispiele für die Abwertungen von Frauen, Lesben und Schwulen im alltäglichen Zusammenleben vorgestellt (Bsp.: Verbot des Christopher Street Days in Magdeburg, frauenverachtende Texte im Hiphop). Diesen negativen Beispielen werden Gegenbewegungen und positive Errungenschaften im weiteren gegenübergestellt und besprochen.

Zum Abschluss des Projekttages sammeln, diskutieren und präsentieren die Teilnehmenden Handlungsmöglichkeiten, die sich gegen sexistische Ausgrenzung im Alltag richten und ihnen Mut zum couragierten Handeln machen.

Die Projekttage des Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC) sind für Schulen kostenlos und können über Sascha Schmidt, Landesnetzstelle im DGB-Jugendbüro Südhessen, Rheinstraße 50, 64283 Darmstadt gebucht werden (06131-399716 Email: Sascha.Schmidt@dgb.de).

**Sandra Sattler (1976), Diplom-Psychologin, seit 2006 Teamerin im NDC, koordiniert z.Zt. ein Bildungsprojekt des NDC im Schwalm-Eder-Kreis für 5. und 6. Schulklassen.**

**Stefan Salewski (1986), Lehramtsstudent (Politik, Deutsch und Philosophie), seit 2009 Teamer im NDC.**

# : Jugendfeuerwehren - strukturfit für Demokratie

HELENA URDELOWICZ

Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus und viele weitere Formen von Diskriminierungen sind keine Randerscheinungen gesellschaftlichen Lebens, die man einfach ausblenden kann. Sie sind in der Mitte der Gesellschaft und damit auch in Jugendverbänden verbreitet, dabei sind die Jugendfeuerwehren ein wichtiger Ort, um demokratisches Handeln zu erlernen. Daher steht auch für die Jugendfeuerwehren (JF) fest, dass sie kein rechtsextremes Gedankengut, keine Diskriminierungen und Ausgrenzung dulden möchten.

## Projektstart

Im Rahmen einer Ausschreibung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Familie und Jugend (BMFS-FJ), konnte sich 2008 die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) mit ihrem Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“ eine umfangreiche Förderung bis Ende 2010 sichern, von der neben Hessen auch Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen als am Projekt teilnehmende Bundesländer profitierten und noch heute profitieren. Dabei übernahm die DJF die Koordination des Gesamtprojektes, während den einzelnen Bundesländern Möglichkeiten zur individuellen Umsetzung eingeräumt wurden, um ihren Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Die Vorgabe war, dass sich die Jugendverbände mit anderen bestehenden Netzwerken im Bereich der (rechten) Gewaltprävention und Demokratieförderung vernetzen sollten, um Synergien entstehen zu lassen und so die eigene innerverbandliche Beratungskompetenz zu steigern. Im Weiteren geht es darum, interne Strukturen zu entwickeln und zu integrieren, die Hilfestellung leisten im Umgang mit rechtsextremistischen Provokationen und die gegen undemokratisches Gedankengut/Verhalten stärken, sei es bei einer Gruppenstunde oder bei anderen Aktivitäten der Jugend-/Feuerwehren. Es soll eine systematische und strategische Präventions- und Interventionsarbeit ermöglicht werden.

Begründet werden kann das Interesse, sich in solch einem Projekt zu engagieren, damit, dass die verbandlichen Besonderheiten der DJF und auch der (Landesjugend-)Feuerwehverbände durchaus attraktiv für die rechte Szene sind, da sie Strukturen und Werte vorfindet, welche sie für ihre eigenen Zwecke entleihen kann. Hier können die Werte „Kameradschaft“, „Tradition“, das Tragen von Uniformen, sowie bestehende Hierarchien genannt werden. Auch finden sich auf einschlägigen Internetseiten Formulierungen, welche Anhänger\* des rechten Lagers gezielt dazu aufrufen, Freiwilligen Feuerwehren beizutreten und sich in der Jugendarbeit

zu engagieren, um so einen angesehenen Zugang in die Mitte der Gesellschaft zu finden und neue Anhänger zu gewinnen.

Diese Erkenntnis ist zum Projektstart nicht neu gewesen, so wurden in den vergangenen Jahren immer wieder auf Bundes- sowie auf Landesebene Kampagnen zur Förderung von Toleranz und Vielfalt, sowie zu Demokratiebewusstsein durchgeführt und beworben. Auch die Hessische Jugendfeuerwehr hat diesbezügliche Bausteine zum Erwerb der JULEICA sowie verschiedene Maßnahmen zur Sensibilisierung der Multiplikatoren in der Jugendarbeit angeboten.

## Projekthalte

Neu an dem Projekt „Jugendfeuerwehren- strukturfit für Demokratie“ ist der Anspruch, eigene verbandliche Präventions- und Interventionsmechanismen bei rechtsextremen Vorfällen innerhalb der Feuerwehr zu etablieren. Hierzu wurden gemeinsam mit Fachkräften viele - auch unbequeme - Fragen beantwortet und vertraulich diskutiert:

Wie wird die Jugendfeuerwehr „fit“ für Demokratie?

Wie kann sie Demokratie im Alltag aktiv gestalten?

Woran erkennt man, ob etwas diskriminierend ist?

Was ist alles Teil rechtsextremer Ideologien?

Welche Argumente stärken unsere demokratischen Haltungen?  
Was kann jeder praktisch tun?  
Welche Ansprechpartner helfen, wenn etwas Verdächtiges auffällt?  
Wohin kann man sich mit Fragen wenden?

Herausgekommen ist ein Projekt, welches auf drei Säulen basiert:

Das Fundament stellt die Sensibilisierung der Akteure dar, in diesem Fall der Jugendverbände selbst und ihren Vertretern. Gemeinsam mit externen Fachkräften wurde über Hintergründe rechter Ideologien, deren Codes und Subkultur sowie allgemein über Ausgrenzungen in umfangreichen Schulungen informiert. So konnten Fachkräfte in den eigenen Reihen ausgebildet werden. Dies ist gerade bei so einem sensiblen Thema von großer Bedeutung, da man davon ausgehen kann, dass man sich bei etwaigen Vorfällen in innerverbandlichen Strukturen eher schwer damit tut, sich mit der Bitte um Hilfe nach Außen zu wenden, um der Stigmatisierung vorzubeugen.

Um das erworbene Wissen auch auf die Ebene der Multiplikatoren in der Jugendarbeit zu transferieren, wurden Bildungsbausteine für die JULEICA-Ausbildung und sonstige pädagogische Schulungen konzipiert. So entstand eine qualifizierte Handreichung mit unterschiedlichen Seminaren für verschiedene Altersgruppen, spezifischen Inhalten und für eingegrenzte Zeitfenster. Die Arbeitshilfe ist dabei explizit auf Sprache, Kultur, Struktur und Bedürfnisse der Jugendfeuerwehren zugeschnitten.

Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung eigener Interventionsmöglichkeiten, welche nach ausführlicher Betrachtung der Kommunikationswege und Strukturen der Verbände eingerichtet wurden. Zentrale Fragestellungen sind hier: Wie wird mit etwaigen internen Vorfällen umgegangen, welche die eigene demokratische Werthaltung gefährden? Wel-

che Kommunikationswege gibt es diesbezüglich, wer trägt wann, welche Verantwortung? Wer kann Unterstützung anbieten?

Jugendfeuerwehren- strukturfür Demokratie in Hessen – Die Arbeit der sog. „Rexlotsen“

Im Verlauf der Projektarbeit konnten für jedes Bundesland Teams gebildet werden, welche an den Schulungen nicht nur teilnahmen, sondern die Ergebnisse derselben auch in ihren Verbänden vermitteln und neue Kommunikationswege etablieren. Für Hessen sind es die „Rexlotsen“, welche sich seitdem regelmäßig zu Fortbildungen und zum gegenseitigen Austausch treffen. Sie sind formell dem Landesfeuerwehrverband als Erwachsenenverband zugeordnet, um deutlich zu machen, dass die Auseinandersetzung mit den Themen Exklusion, Fremden- und Demokratiefeindlichkeit nicht in der alleinigen Verantwortung des Jugendverbandes liegen, sondern für alle Feuerwehren Hessens ein Anliegen sind. De facto setzen sie sich aus engagierten Ehrenamtlichen aus verschiedenen Ebenen der Jugendarbeit der Feuerwehren Hessens zusammen.

Der „Braunmelder“

Ein Höhepunkt der Arbeit des Teams war die Inbetriebnahme des sogenannten „Klingel-knopfes“ bzw. „Braunmelders“ im Frühjahr 2010 - der Online-Meldestelle für antidemokratische Vorfälle in der Feuerwehr. Er bietet auf der Homepage der Hessischen Jugendfeuerwehr und des Landesfeuerwehrverbandes ein Online-Meldeformular, über das jeder anonym Vorfälle melden kann, welche in Hessen ausschließlich bei den „Rexlotsen“ landen und von diesen absolut vertraulich behandelt werden.

Ein Fall ist zum Beispiel, wenn ein Ju-

gendfeuerwehrmitglied oder auch Personen im Umfeld der Jugend-/Feuerwehr z.B. bei Veranstaltungen und Festen der JF durch antidemokratisches Verhalten auffällt. Wenn er oder sie z.B. rassistische Witze macht, einen anderen Teilnehmer wegen seiner Hautfarbe, Religion, dem Geschlecht oder sexuellen Orientierung diskriminiert und beleidigt, Codes auf der Kleidung trägt, Rechtsextreme Musik im Gerätehaus hört oder sich nebenbei in der NPD oder einer Kameradschaft engagiert.

Mitglied im Beratungsnetzwerk

Ein weiterer Höhepunkt des Projektes in Hessen und eine Auszeichnung für das Engagement und die profunde Weiterbildung der „Rexlotsen“ ist die Aufnahme derselben in das „beratungsNetzwerk Hessen“, dass gegen Rechtsextremismus aktiv ist. Diesem gehören staatliche und nicht-staatlicher Organisationen an, die den Expertenpool des Netzwerks stellen. Das Netzwerk wird u.a. mit Bundesmitteln finanziert und berät bei rechtsextremen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Vorkommnissen. Weitere Informationen: <http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de/>

Ausblick und Fazit

Für Hessen hat die Adaption der Module in die durch Teamer durchgeführte JULEICA-Seminare bislang nicht stattgefunden, jedoch wurden diese darin geschult. Es zeigt sich allerdings, dass die Reichweite des Wissens, welches den Multiplikatoren zum Erhalt der JULEICA vermittelt wird, so umfangreich ist, dass die „Strukturfür Demokratie“ Bausteine in gesonderten Lehrgängen am Jugendfeuerwehrausbildungszentrum angeboten werden.

Generell ist das Thema für viele Multiplikatoren weiterhin mit einem großen Fragezeichen und mit nach-

vollziehbaren Ängsten versehen: „Müssen wir dieses Thema auch noch zu unserem machen? Überfordern wir unsere engagierten Betreuer, wenn wir sie noch im Rahmen der politischen Jugendarbeit einbinden? Werfen wir nicht ein zweifelhaftes Licht auf unsere Jugend-/Arbeit, wenn wir uns des Themas annehmen, indem wir die Feuerwehren unter Generalverdacht stellen?“

Wie bei vielen sensiblen Themen, werden wir also auch hier mit einem jahrelangen Prozess zu rechnen haben, welcher eine weitere Sensibilisierung und ein behutsames Vorgehen notwendig macht. Allerdings ist deutlich, dass ein Bedarf besteht, so wurde vom Klingelknopf bereits mehrfach Gebrauch gemacht und die „Rexlotsen“ haben in verschiedenen Fällen bereits mit ihrem Fachwissen Feuerwehren beratend zur Seite stehen können.

Wichtig hervorzuheben ist, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nur ein Teilbereich der politischen Jugendarbeit darstellen kann, der in einen wesentlich größeren Kontext eingebettet werden muss. Es sollte auch der Frage nachgegangen werden, wie man den Inklusionsgedanken stärker verbreiten und verfestigen kann, anstatt den Focus auf exkludierende Einzel-/Meinungen zu legen. Die alleinige Konzentration auf fundamentalistische rechts-indoktrinierte Gruppen würde den Blick für das Wesentliche sonst verstellen. So werden alle Verbände sich im Zuge der Bevölkerungsentwicklung damit auseinandersetzen müssen, wen sie mit ihrer Arbeit erreichen und wen nicht und inwieweit die eigene Kultur über ausschließende Merkmale verfügt. Die Öffnung und das tolerante, offene Miteinander beginnt nämlich in einem ersten Schritt mit der kritischen Betrachtung seiner eigenen „Sub-Kultur“ innerhalb eines Jugendverbandes. Und so reiht sich „Struk-

turfit für Demokratie“ und die Arbeit der „Rexlotsen“ in Hessen in den Kanon der Projekte der Hessischen Jugendfeuerwehr ein, die primär darauf abzielen, die Jugendfeuerwehren als einen Ort für Freundschaft, Kameradschaft und Toleranz weiter zu etablieren und noch stärker zu öffnen.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

**Helena Urdelowicz,  
Hessische Jugendfeuerwehr,  
Marburg-Cappel**

# : Jugendverbände zur Demokratieerklärung gegenüber der Bundesregierung zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES HJR VOM 5. NOVEMBER 2011

Extrem demokratisch!

Der Hessische Jugendring setzt sich seit Jahren kontinuierlich gegen ein Erstarken des Rechtsextremismus ein. Zu dieser Arbeit zählen eigene Initiativen als auch die Zusammenarbeit mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren z.B. im Beratungsnetzwerk Hessen und verschiedenen Kooperationsprojekten. Das Engagement des HJR gegen die extreme Rechte zielt dabei explizit darauf ab, die Zivilgesellschaft und das demokratische Grundverständnis in der Gesellschaft zu stärken.

Der Hessische Jugendring wendet sich gegen Instrumente in Förderprogrammen, die demokratisches Engagement schwächen und unter einen Generalverdacht stellen. Der HJR fordert deswegen die verpflichtende „Demokratieerklärung“ aus den Programmen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu entfernen. Er sieht in dem zu Grunde liegenden Politikansatz des Extremismusmodells eine Verharmlosung von demokratiefeindlichen Einstellungen in „der Mitte der Gesellschaft“ und ein Angriff auf demokratisches Engagement.

Der Hessische Jugendring bietet seinen Verbänden Hilfestellung an im Umgang mit dieser Extremismusklausel. Der HJR thematisiert die falschen Annahmen des Extremismusmodells

im Rahmen von Veranstaltungen und Fortbildungen für JugendbildungsreferentInnen. Der HJR spricht sich gegen die Ausweitung von Extremismusklauseln auf Bundesebene oder ihre Einführung auf Landesebene aus.

Begründung:

Im Rahmen ihres Engagements gegen die extreme Rechte haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Jugendverbände Mittel des Programms „Vielfalt tut gut“ beantragt, welche das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vergibt. Seit diesem Jahr sind die Gelder des Programms nur noch gegen Unterschrift der AntragstellerInnen unter die so genannte Demokratieerklärung zu erhalten. In dieser Klausel fordert das BMFSFJ von allen AntragstellerInnen ein Bekenntnis zur „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ ein und verpflichtet die AntragstellerInnen eigenständig zur Überprüfung der politischen Gesinnung ihrer KooperationspartnerInnen. Von der Klausel sind mehrere Verbände des Hessischen Jugendrings (u.a. BDKJ, DGB-Jugend) direkt oder indirekt betroffen.

Die vom BMFSFJ getragenen Programme, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, sind seit Übernahme der schwarz-gelben Regierung in Extremismusbekämpfungsprogramme umgewandelt worden; sie sollen

sich gleichermaßen gegen linken und rechten Extremismus sowie gegen Islamismus richten. Damit verwässern jedoch nicht nur die ursprünglich zentralen Ziele der Programme. Mit Blick auf den Bekenntniszwang gegenüber der „Freiheitlichdemokratischen Grundordnung“, dem alle AntragstellerInnen unterliegen, wird zudem deutlich, dass das Familienministerium Extremisten auch unter jenen vermutet, die im Rahmen des genannten Bundesprogramms aktiv waren.

Jede/r AntragstellerIn muss nachfolgende Erklärung unterschreiben: Hiermit bestätigen wir, dass wir – uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und – eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen

Vorschub geleistet wird.

Der Bekenntniszwang stellt folglich alle AntragstellerInnen, wie auch ihre KooperationspartnerInnen unter einen Vorabverdacht. Einen solchen Vorabverdacht, und das damit einhergehende Misstrauen, das somit auch den HJR und seine Jugendverbände betrifft, erachten wir als Affront gegenüber unserer Arbeit und unserer demokratischen Grundhaltung.

Darüber hinaus kritisieren wir, dass uns die Klausel zudem zum Misstrauen gegenüber unseren KooperationspartnerInnen auffordert und die betroffenen Jugendverbände des HJR sich verpflichten müssen, ihre KooperationspartnerInnen auf ihre demokratische Grundhaltung eigenständig zu überprüfen. Die Grundlagen demokratischen Engagements liegen jedoch im Vertrauen der BürgerInnen untereinander, nicht im Misstrauen. Vielmehr leistet die stete Einführung neuer Kontrollinstanzen, der Zurückdrängung und Diskreditierung liberaler Werte geradezu Vorschub.

Gerade das Engagement gegen Rechtsextremismus verdient jedoch Vertrauen, Anerkennung und Programme, die die TrägerInnen solcher Programme unterstützen, statt sie unter Generalverdacht zu stellen. Wie sich bereits gezeigt hat, hat die Klausel in einigen Verbänden zur Verunsicherung hinsichtlich des Umganges zwischen KooperationspartnerInnen geführt. Denn mit der Unterschrift unter die Extremismusklausel verpflichten sich die AntragstellerInnen nicht nur zur Überprüfung ihrer KooperationspartnerInnen. Vielmehr droht eine Rückzahlung der Fördergelder durch den AntragstellerInnen, sofern dieser auch nur den „Anschein erweckt“ hat, „dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“ Ein solches

Klima des Misstrauens und der Verunsicherung schwächt letztlich das Eintreten für Demokratie und Zivilcourage.

Eine Reihe von WissenschaftlerInnen aus dem Bereich der Rechtsextremismusforschung, darunter auch bekannte hessische VertreterInnen, hatten in einem öffentlichen Brief ihre Sorge ausgedrückt, dass im Zuge der Umwandlung der Programme ein „Ende der staatlichen Ermutigung und finanziellen Unterstützung“ drohe, „sich mit der extremen Rechten öffentlich und offensiv auseinander zu setzen“. Diese Sorge scheint mit Blick auf die beschriebene Verunsicherung berechtigt gewesen zu sein.

Verunsicherung schafft nicht jedoch nur das geforderte Misstrauen, sondern auch die vielfach unklare und politisch-ideologisch motivierte Definition von Extremismen. So birgt die Anti-Extremismusperspektive die Gefahr, dass Menschen, die sich gegen Neonazis engagieren, in die „extremistische Ecke“ gestellt werden. Denn wer sich heute gegen Neonaziaufmärsche auf die Strasse setzt, sieht sich, wie u.a. Wolfgang Thierse erfahren musste, schnell dem Vorwurf des „Extremismus“ oder der Förderung desgleichen ausgesetzt. Eine solche Diffamierung des Engagements gegen Neonazis als „extremistisch“, führt unweigerlich zu einer Relativierung und Verharmlosung des Neonazismus.

Dass das Engagement gegen Rechtsextremismus jedoch ausdrücklich darauf abzielt, die antidemokratischen Bestrebungen der neonazistischen Szene einzudämmen und das demokratische Bewusstsein in der Zivilgesellschaft zu fördern, gerät dabei in Vergessenheit.

Mit Blick auf die weiterhin, in einem erschreckend hohen Maß, vorhandene Zustimmung zu Fremdenfeindlich-

keit, Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft, spricht sich der HJR für eine dezidierte Auseinandersetzung mit diesen undemokratischen Geisteshaltungen und dem Rechtsextremismus im Besonderen aus.



Hessischer  
Jugendring



# : hjr-Umfrage bei den Mitgliedsverbänden zu „Menschenfeindlichen Tendenzen“

DR. MANFRED WITTMEIER

Der HJR startete zum Themenschwerpunkt „Menschenfeindliche Tendenzen“ eine Umfrage in den Mitgliedsverbänden, um die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Tendenzen für die Außerschulische Jugendbildung neu in den Blick zu nehmen.

Die Ergebnisse der Umfrage sollen in die Präzisierung des Themas in der Außerschulischen Bildungsarbeit eingebunden und in Fortbildungen reflektiert werden.

Die Umfrage zielt dabei auf eine anschlussfähige Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen entlang milieubedingter Jugendsituationen. 35 Rückmeldungen aus den Jugendverbänden wurden ausgewertet:.



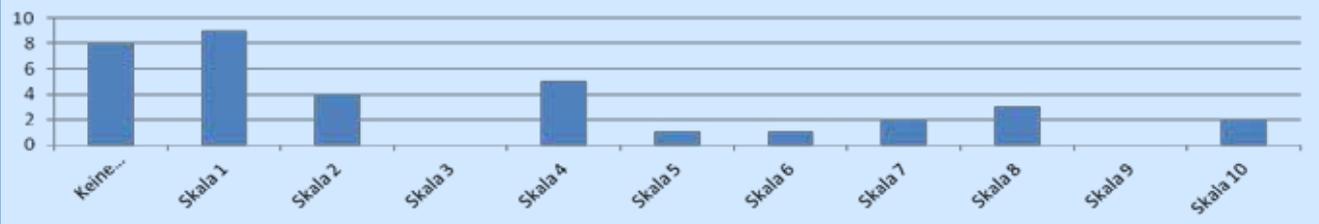
## Welche Vorurteile | Floskeln | Ablehnungen kursieren im Alltag?

„Wenn eine türkische Familie nebenan in die Wohnung einzieht“ kommt Stress auf ...	11	x	zugestimmt
Abwertungen gegen schwule bzw. lesbische Jugendliche, russische Nachbarn, Rentnern etc.	18	x	zugestimmt
Aggressive Sprüche wie: „Du Jude“, „du schwule Sau“ oder was noch getextet wird? .....	23	x	zugestimmt
Sexistische Diskriminierungen wie anlässlich der Frauenfußball-WM 2010 „als Lesben-Event“.	11	x	zugestimmt

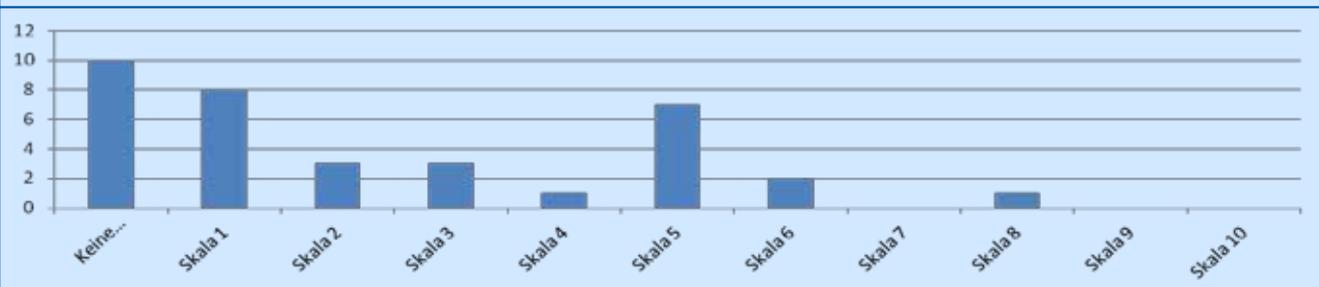
## Beobachtungen im Alltag | unter Jugendlichen mit welcher Häufigkeit

(in einer Skala von 1-10 bewerten (keine... = es wurden keine Beobachtungen gemacht / Skala 1 bedeutet niedrigste Zustimmung / Skala 10 bedeutet höchste Zustimmung der Beobachtungen)

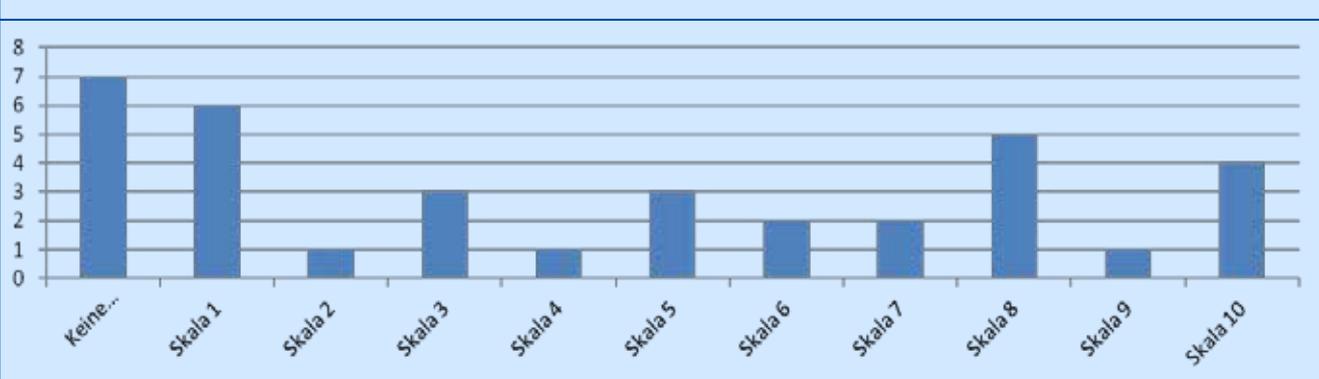
### Man wird doch wohl, „wie Sarrazin“, noch mal was gegen Ausländer sagen dürfen ....



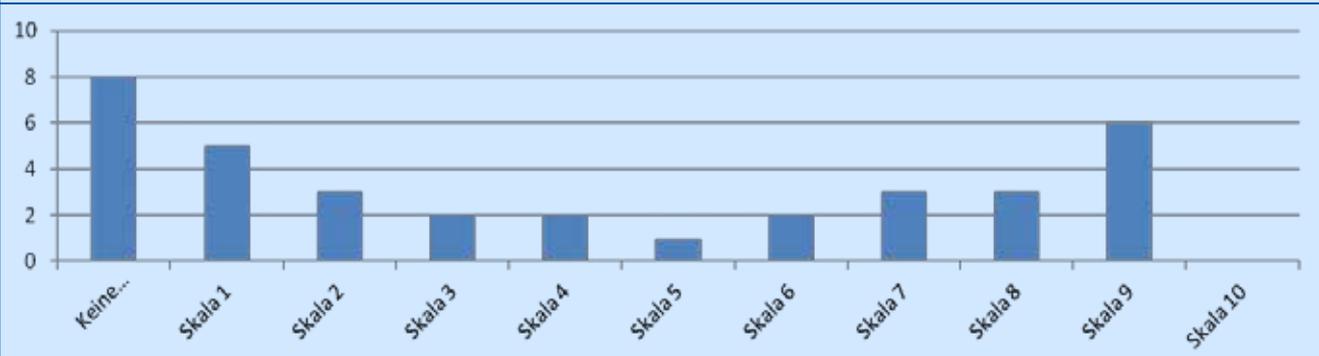
### Fremden- und menschenfeindliche Karikaturen, Plakate und Handyicons im Alltag sichtbar.



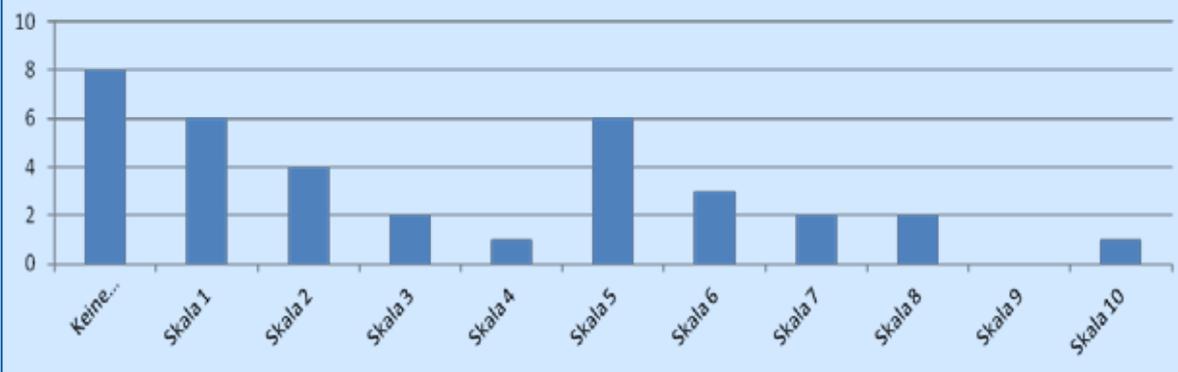
### „Hartz IV“-Gene werden sozial | materiell | schwächeren Armen oder „Türken“ „angedichtet“.



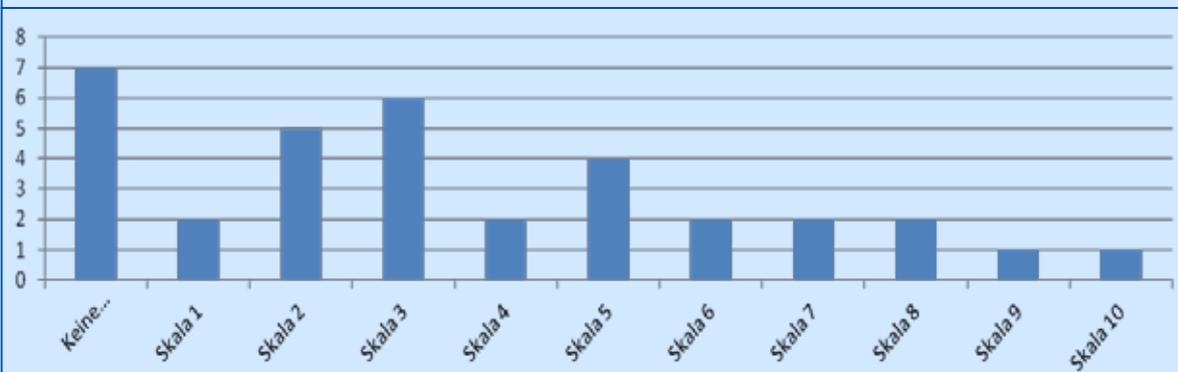
### Wachsende Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamismus, religiöser Extremismus als Phänomene



**Mehr Hass gegen Fremde und individuell gelebte Stile von Minderheiten im Umlauf**



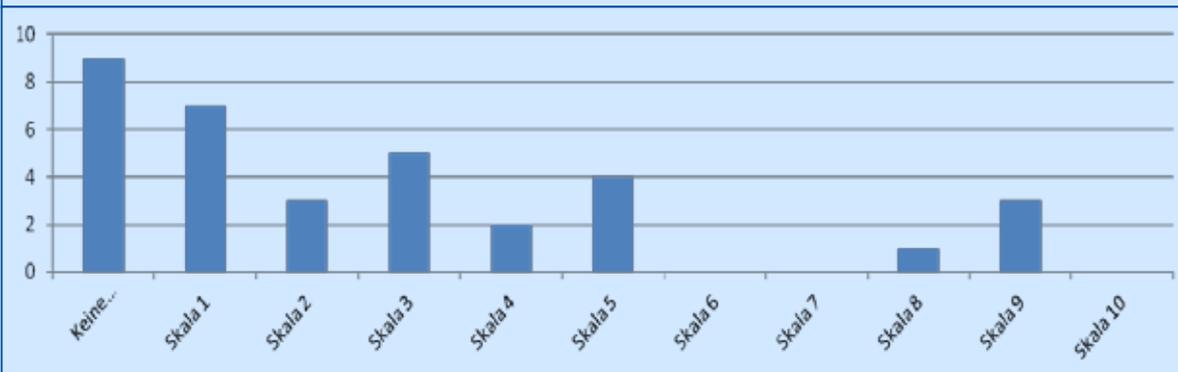
**Steigende Abwehr von Anderen, schwindende soziale Neugier, weniger gezeigte Toleranz**



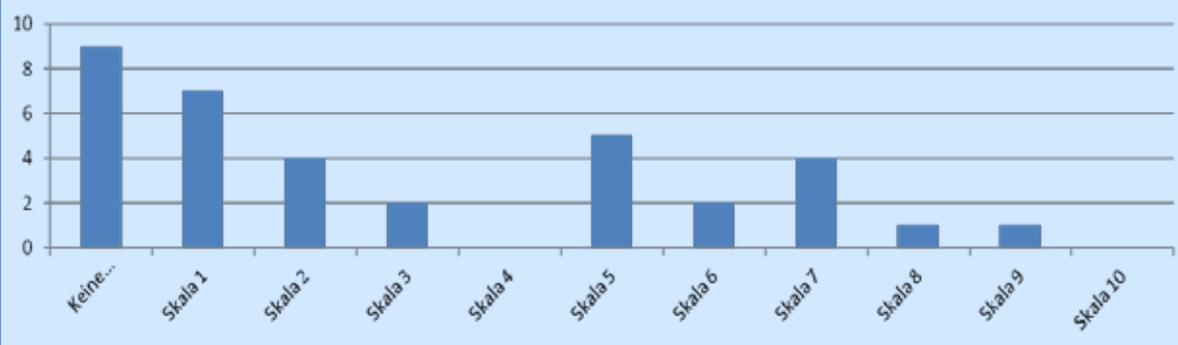
**Mehr Mobbing, Gewalt, Ignoranz gegenüber MigrantInnen sichtbar und „Deutsch ist Maßstab“ ...**



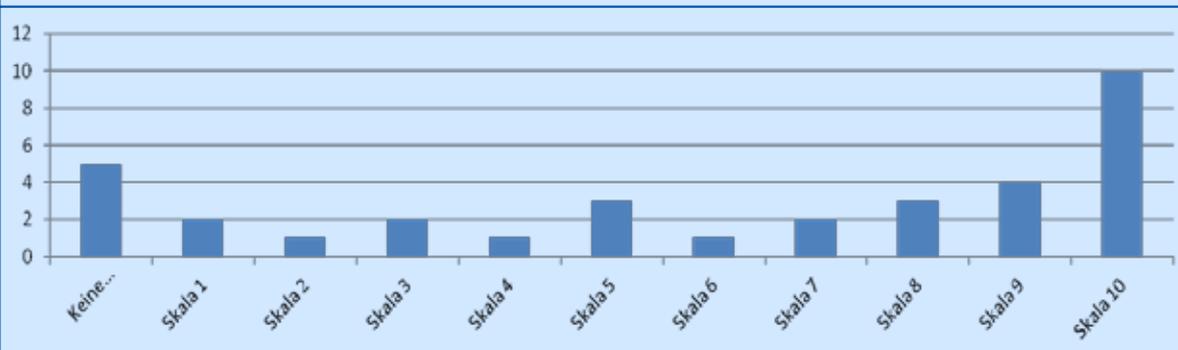
**CNPD)-Sticker mit Süterlinschrift mit Sprüchen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ tauchen auf.**



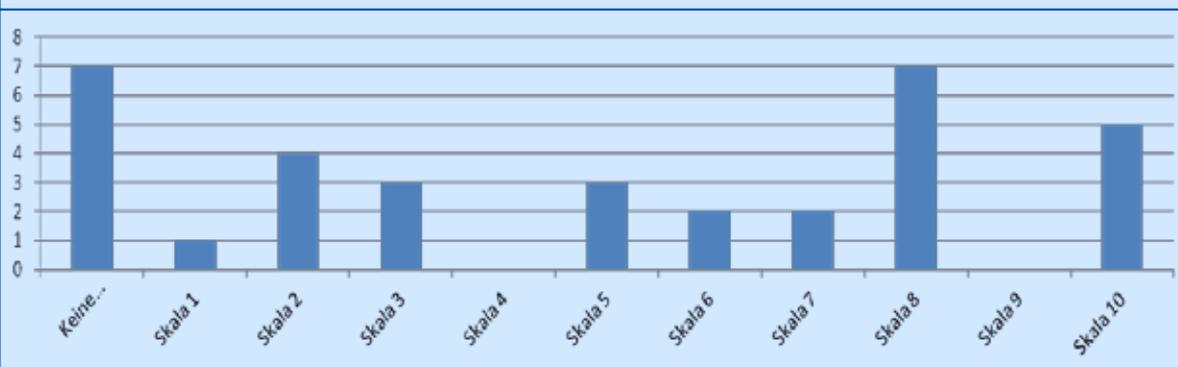
### Aggressive Haltungen gegen Arme und erfolglose Jugendliche nehmen zu



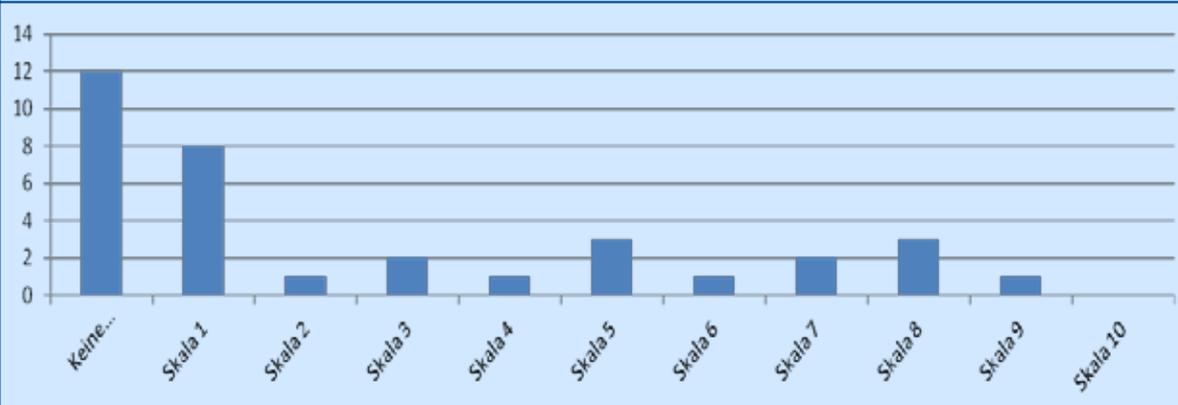
### Verachtende Sprüche vom „Opfer“ oder „Looser“ kursieren in Cliquen



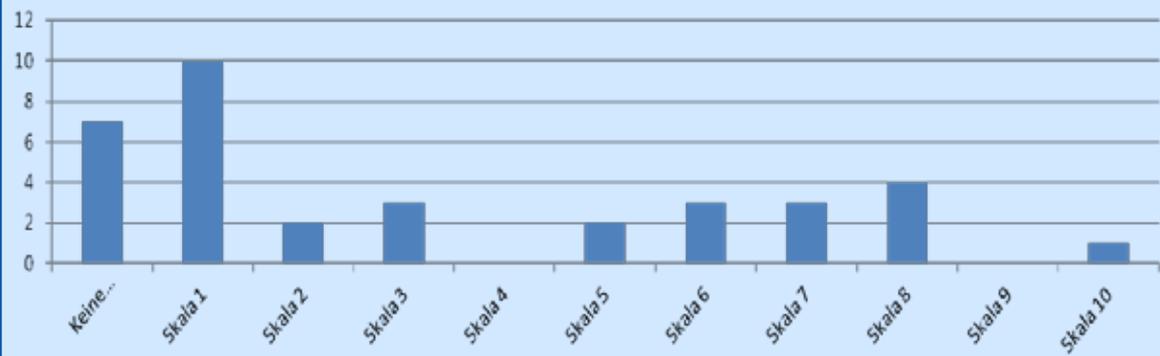
### Diskriminierungen, Demütigungen oder verächtliche Beleidigungen gegen Einzelne nehmen zu



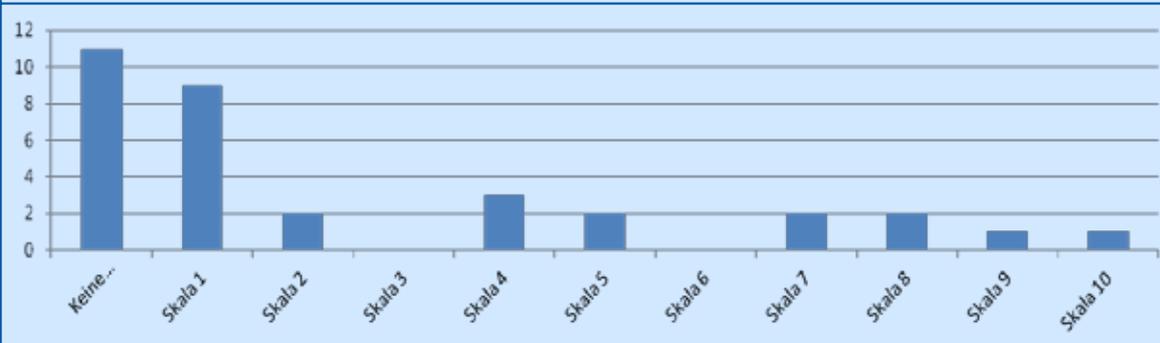
### Duldung von gewaltförmiger Kommunikation gegen „Migranten“ in Ämtern



**Jungen schneiden Mädchen in Gesprächen "das Wort ab" und dominieren Situationen**



**Zunahme der Ausgrenzungen von Behinderten aus der sozialen Gemeinschaft und aus Cliques**



**Sonstige Beobachtungen zum Themenspektrum**

Beschimpfungen von übergewichtigen Menschen nimmt zu / "fett" als Schimpfwort/Beleidigung

Toleranz & Vielfalt als wichtiges Thema bei Jugendlichen

Aus unserer Wahrnehmung können wir noch hinzufügen, dass Aussagen wie "Neger" oder "Das ist schwul" umgangssprachlich verwendet werden und dem auch entgegenzuwirken wäre.

Diskriminierung unter "Minderheiten" ist hoch

o.g. Themen zum Glück im BDP HTK so gut wie "kein" Thema

Mir war nicht einsichtig, ob es um "unsere" IGM-Jugendliche gehen soll: Dies habe ich bei der Beantwortung angenommen - ansonsten sähen die Antworten anders aus.

Es gibt eher subtilere Formen und Haltungen, die sich u.a. bei Fragen zum Islam und Terrorgefahr unter der Oberfläche bewegen

## Kommentare und Vorschläge zu Tagungsformaten, Materialien und Positionen des HJR zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

„Thematik in verschiedenen Veranstaltungen einfließen lassen > nicht immer "Sonderveranstaltung"“
„Ich finde es gut, dass die Kritik an der Datenbasis für das Projekt "Kommunikation" hier direkt konstruktiv umgesetzt wird. Ich kann ich aus meiner bisherigen Tätigkeit noch kaum eine Rückmeldung zum Thema geben. In den 2 Monaten, die ich nun als Jugendbildungsreferentin tätig bin, gab es in der Kolpingjugend keinen Anlass, Menschenrechtsfeindlichkeit zu thematisieren. Somit macht es für mich keinen Sinn, den „Fragenkatalog zu menschenfeindlichen Tendenzen als Herausforderung in der Außerschulischen Bildung“ auszufüllen.“
„Gut ist, dass auf der Homepage des HJR unter "Themen" Rechtsextremismus an erster Stelle zu finden ist und damit eine hohe Bedeutung hat, die es nicht verlieren sollte. Wichtig wäre es meiner Meinung nach, den Fokus auf Alltagsrassismus zu legen. Es lohnt sich auch, die Fortbildungspartner/innen online zu verlinken (NDC, Betzavta, etc....“
„Wie empfinden die Jugendlichen selbst die Vorurteile?“
„vorbeugend/begleitend Fortbildungsformat "Betzavta" sicherlich interessant.“
„Es wäre notwendig, ein Format zu entwickeln, in dem der Kontakt zu GruppenleiterInnen und TrainerInnen dörflicher Vereine hergestellt werden würde. Dort müsste m.E. verstärkt angesetzt werden.“
„Friedenscamps > Beispiel Monte Sole-Italien“

Auf dem Hintergrund des beantworteten Fragenkatalogs sollen Sensibilisierungsansätze, Materialien und Methoden als Alternative angeboten werden. Das Interesse zu den kurz skizzierten Fortbildungsformaten bitten wir mit einer Rangfolge von 1.-3. Wahl zu priorisieren.

„ <b>Betzavta</b> “ / <b>Miteinander</b> , dieses israelisch-palästinensische Fortbildungsformat macht demokratische Wege der Entscheidungsfindung mit Chancen und Schwierigkeiten erlebbar.		↔ <b>3. Priorität</b>
Priorität 1	4	
Priorität 2	4	
Priorität 3	10	
<b>Anti-Bias-Trainings</b> / Die Trainingsmethode in Gruppen zeigt emotional erlebbar auf, wie Diskriminierung funktioniert – für diskriminierende und diskriminierte Personen.		↔ <b>2. Priorität</b>
Priorität 1	5	
Priorität 2	9	
Priorität 3	4	
<b>Netzwerk Demokratie und Courage (NDC)</b> / Das Netzwerk verfügt über eine Palette von Trainingsangeboten und bietet mehrere Tools zur Durchführung von Projekttagen in Jugendgruppen und Schulen an, um mehr Demokratie und Courage im Alltag zu praktizieren. Das NDC kooperiert mit der DGB-Jugend und dem BDKJ-Hessen.		↔ <b>1. Priorität</b>
Priorität 1	10	
Priorität 2	5	
Priorität 3	4	

## : Teilnehmer/innen

1	Albrecht, Gabriele	Sportjugend Hessen
2	Amrein, Peter	Kreis Offenbach Jugendförderung
3	Dr. Volf, Irina	Wi MA Institut für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik, Ffm.
5	Gülegen, Enis	Vors. der kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV). Ffm
6	Häusler, Janett	Naturfreundejugend Hessen
7	Hoffmann, Steffi	BDP Hessen - Mädchentreff, Felsberg
8	Ibrahim, Jan-Niclas	Hessische Jugendfeuerwehr (FSJ)
9	Kostka, Kerima	Naturfreundejugend Hessen
10	Rios-Solana, Carolina	DRK-JRK Landesverband Hessen
11	Rühl, Dennis	Gemeindeverwaltung Eppertshausen, Kinder- u. Jugendförderung
12	Schmidt, Sascha	DGB Jugend Hessen/Thüringen
13	Thom, Inga-Kristin	Kasseler Jugendring
14	Thomas, Christian	AWO Kiedrich
15	Tuncay, Fatmagül	Jugendbildungswerk Groß-Gerau
16	Urdelowicz, Helena	Hessische Jugendfeuerwehr
17	Wagner, Benjamin	
18	Wetlaufer, Andreas	Gemeindeverwaltung Eppertshausen, Ki.- u. Jugendförderung
19	Ziegler, Stefan	Hessische Jugendfeuerwehr
20	Zysno, Karen	SJD Die Falken
21	Lange, Ricarda	Kreisverwaltung Offenbach Integrationsbüro
	<b>Teamer   Referenten</b>	
1	Bianka Mohr	HJR-Vorsitzende
2	Prof. Dr. Chr. Butterwegge	Universität Köln
3	Denis van de Wetering	Wissenschaftler der Forschungsgruppe "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" an der Universität Bielefeld
4	Stefan Salewski	Netzwerk Demokratie und Courage
5	Sandra Sattler	Netzwerk Demokratie und Courage
6	Klaus Bechtold	SJD Die Falken
7	Angelika Ribler	Sportjugend Hessen
8	Sandra Sacher	BDKJ Hessen
9	Jürgen Seeger	BDKJ Hessen
10	Dr. Manfred Wittmeier	Hessischer Jugendring

# : Programm

## HESSENER JUGENDRING



**Kooperationsveranstaltung:  
Hessischer Jugendring  
Hessisches Sozialministerium**



**Fachtagung**

**Rechtsextremismus und  
Menschenfeindlichkeit**

**21.03.2012**

**DG8 Gewerkschaftshaus  
Frankfurt/Main**

**Einführung**

Der HJR tritt zu einer Tagung über das Engagement in der außerschulischen politischen Bildung gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Menschenverachtung und Diskriminierung ein. Populärst vorgetragenem Verneinungen sind in der sozialen Komplexität verflochten und Bildung, die die soziale Spaltung und Kälte in der Gesellschaft gegen engagiert sich Prof. Büttenwegge u.a. als Amateure und verweist in seinem Vortrag auf gesellschaftliche Verwerfungen, die in der kritischen politischen Bildung in den Fokus zu rücken sind. Aus der Ende 2011 vorgelegten Bilanz der Forschungsgruppe um Prof. Wilhelm Heitmeyer zeigt der Hinweis von de Weitering bei dieser Tagung verschiedene Aspekte zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ auf. Junge Forscher aus den Sozialwissenschaften von der Uni Sielefeld haben eine wachsende gesellschaftliche Unterstützung bei Diskriminierungen gegen Migranten, Arme und Schwache beigesteuert, die vor allem in bürgerlichen Milieus vorzufinden sind.

Auf einem Infomarkt stellen Jugendverbände ihre Angebote zu aktuellen Entwicklungen vor, um mit anschließenden Themen das Engagement gegen menschenfeindliche Tendenzen und für mehr demokratische Orientierungen zu vertiefen. Zum Infomarkt sind die Teilnehmenden herzlich eingeladen, eigene Praxisprojekte mit einzubringen. In den anschließenden Workshops werden Praxisbeispiele vorgestellt, die die Vielfalt jugendverbändlicher Arbeit aufzeigen.

Die Jugendverbände in Hessen haben einen Beschluss gegen die „Extremismalklausur“ der Bundesregierung gefasst, die einen allgemeinen Verbot auch gegenüber Jugendverbänden beinhaltet. Jugendverbände engagieren sich als unabhängige Träger der Jugendhilfe in der außerschulischen Bildung für Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel gegen rechtsradikalistische Einflüsse und neoistische Tendenzen zu wirken. Dieses Thema steht am Ende des Tages auf dem Programm.

**Programmen**

9:45 h Einlass

10:00 h Begrüßung, Bianca Meitz, Vorsitzende HJR

10:15 Rechtsextremismus und Populismus in der Mitte der Gesellschaft. Eine Verdichtung oder Herausforderung? Prof. Dr. Christoph Büttenwegge, Universität Köln

11:45 h Pause

12:00 h Ergebnisse der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als Herausforderung für die politische Bildung in der Zivilgesellschaft  
Doris von de Weitering, wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschungsgruppe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ Prof. Dr. W. Heitmeyer, Universität Sielefeld

13:00 h Mittagessen

13:30 h Infomarkt mit Best Practices gegen Menschenfeindlichkeit

14:15 h Workshop: Was tun gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit?

- Netzwerk Demokratie und Courage: Neues Bürgermodell 5 zu westfälischen Anleihen, Soziale Sicherheit / DG8 Jugend Hessen Tagungen
- Homophobie und sexuelle Vielfalt – auch ein Thema für Kinder?
- Klaus Beckhoff / SÜD – Die Folken Hessen
- Sportkampagnen gegen Extremismus und für Integrationen – ein kritisch-konstruktiver Blick, Angelika Böller / Sportjugend Hessen
- Erfahrungen zum „Jahres-Boulevard“ „Gegen Rechtsextremismus“ in der Jugendberufshilfe, Sandra Schickler, Jürgen Steiger / BDKG Hessen

15:30 h Kaffee, Tee, Kuchen, Getränke

16:00 h Hessischer Jugendring zum Themenschwerpunkt „Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung“

- HJR-Vollversammlung spricht sich gegen „Extremismusklausur“ des Bundesjustizministeriums aus
- HJR-Urfrage zu „Menschenfeindlichen Tendenzen“

16:45 h Evaluation | Bilanz | Ende

Tagungsmoderator: Dr. Manfred Wilmanns, HJR






BÜNDNIS FÜR  
DEMOKRATIE UND TOLERANZ  
GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

# Urkunde

*für Engagement und Zivilcourage*

## Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

verleiht im Rahmen des Wettbewerbs

### Aktiv für Demokratie und Toleranz 2008

dem

### Hessischen Jugendring e.V.

für das Projekt

### „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus“

einen Preis für ein ideenreiches und wirkungsvolles Beispiel zivilen Engagements.  
Wir wünschen dem vorbildlichen Projekt weiterhin viel Erfolg und zahlreiche Nachahmer.  
Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 3.000 Euro verbunden.

Marburg, den 30. März 2009

Alfred Hartenbach  
Beiratsmitglied  
– Bündnis für Demokratie und Toleranz –

Kristina Köhler  
Beiratsmitglied  
– Bündnis für Demokratie und Toleranz –





**Hessischer Jugendring e.V.**  
Schiersteiner Str. 31-33  
65187 Wiesbaden

Fon 0611 990 83-0  
Fax 0611 990 83-60  
[info@hessischer-jugendring.de](mailto:info@hessischer-jugendring.de)  
[www.hessischer-jugendring.de](http://www.hessischer-jugendring.de)